

akzente

Berufliche Bildung in Bayern



VLB-Fachtagung: Berufliche Oberschule –
ein Premiumweg zur Hochschulreife?



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN



Treffen mit der Abteilung VII des KM 04



Mit den Grünen im Gespräch: Regionale Bildungslandschaften 08



15. Hochschultage Berufliche Bildung in Nürnberg 10



Arbeitstagung für Lehrkräfte an FOS und BOS 24

THEMEN DES TAGES

03 Wolfgang Lambl: „Wert-voll“ miteinander umgehen

BILDUNGSPOLITIK

04 Hans Preißl: Das Lehramt an beruflichen Schulen wieder attraktiv machen
08 Hans Preißl: Grüne wollen Schulen mit kommunalem Umfeld vernetzen
10 Hans Preißl: Ringen um Qualität – Bildung ist der wertvollste Rohstoff
13 Thomas Sachsenröder neuer Leiter des ISB
14 Michael M. Birner: BS+ – ein attraktives Angebot für leistungsstarke Schüler

Dienstrecht

16 Wolfgang Lambl: Eckpunkte der Dienstrechtsreform Bayern
17 Wolfgang Lambl: Anrechnungsstunden für die Ausbildung zur Qualifizierten Beratungslehrkraft
18 Mustereinspruch für häusliches Arbeitszimmer
19 Pressemitteilung: Lehrersegen? – Berufsschulen gehen völlig leer aus
19 Wolfgang Lambl: Rechtssprechung in Leitsätzen
21 Wolfgang Lambl: Einigung in den Tarifverhandlungen
21 Pressemitteilung des VLB: Bei den beruflichen Schulen muss mehr ankommen

Lehrerbildung

22 Heiko Pohlmann: Wir brauchen die besten Lehrkräfte an den beruflichen Schulen

FOS / BOS

24 Hans Preißl: Berufliche Oberschule – ein Premiumweg zur Hochschulreife?

Wirtschaftsschule

28 Bernhard Zeller: Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung

Aus dem Landtag

28 Wolfgang Lambl: Berufsschulen bekommen mehr Selbstverantwortung

EUROPA

29 Dietmar Leischner: Bildungssysteme osteuropäischer Länder: Lettland

VLB-ONLINE

30 Johannes Münch: VLB-online – mit neuer Technik an den Start

AUS DEM VERBANDSLEBEN

32 Landesverband
34 Bezirks- und Kreisverbände
37 Fachgruppen
37 Junge Pädagogen
38 Studenten
38 Senioren
40 Personalien
42 Impressum
43 Autorenverzeichnis
44 Letzte Seite

Titelfoto: Hans Preißl



„Wert-voll“ miteinander umgehen

Wertekongress des Ministeriums stößt auf großes Interesse

Bei dem Kongress „Werte machen stark“ des Bayerischen Kultusministeriums im Februar in München haben Spitzen-

vertreter von Politik und Kirche die Bedeutung von Werten hervorgehoben. Vor zahlreichen Lehrern und Schulleitern bezeichnete es der bayerische Kultusminister Siegfried Schneider (CSU) als zentrale Aufgabe der Schulen, Werte zu vermitteln wie Ehrfurcht vor Gott, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Hilfsbereitschaft.

Der Kultusminister vertrat Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU). Wie aus einem Kommuniqué der Staatskanzlei hervorging, hatte Beckstein in einem Redemanuskript Werte weit über die Schule hinaus bei den Leistungseliten eingefordert.

Vorbilder nur noch in der Schule?

„Mit Nachdruck“ forderte Beckstein die Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf, ihrer Vorbildrolle gerecht zu werden. Gerade im Bezug auf Schule fällt immer wieder der Begriff der „Vorbildfunktion“. Hier spiegeln sich Entwicklungen in unserer Gesellschaft wieder. Auch die Entwicklung, dass viele sogenannte Vorbilder nur noch auf den eigenen Vorteil bedacht sind, und Gemeinsinn, Solidarität und wertebezogener Umgang miteinander anscheinend nur noch von den Lehrern eingefordert werden.

Mehr Eigenverantwortung setzt Vertrauen voraus!

Nicht erst seit dem Start des Modellversuches PROFIL21 wird für die beruflichen Schulen mehr Eigenverantwortung gefordert. Dies kann nicht nur für die Beziehung Schulleitung – Regierung – Ministerium oder Schulleitung – MB – Ministerium gelten, sondern muss zuallererst für die Innenstruktur der beruflichen Schulen Gültigkeit haben. Nur wenn ein Schulleiter, ein Fachbetreuer oder ein Seminarlehrer den Kolleginnen und Kollegen „Vertrauen schenkt“, wird er dieses Vertrauen mehrfach zurück erhalten! Wir haben durch die vorwiegend pädagogische Struktur der „Fachbetreuer“ bisher an den beruflichen Schulen ausgezeichnete Erfahrungen gesammelt. Ob die im Modellversuch PROFIL21 erprobte Übertragung von Vorgesetzteneigenschaften auf die „Abteilungsleiter/Fachbetreuer“ mit eigenständigen Unterrichtsbesuchen und Mitarbeitergesprächen zum Zwecke der Erstellung von dienstlichen Beurteilungen zu einem größeren Vertrauen führt, wird von den Kolleginnen und Kollegen bezweifelt. Eines steht auf alle Fälle fest: Durch eine größere Zahl von „Vorgesetzten“ wird der kollegiale Zusammenhalt nicht verbessert und die Unterrichtsgüte steigt nicht automatisch.

„Miteinander reden“ schafft Vertrauen

Das Staatsministerium der Finanzen hat mit FMBek vom 28. Mai 1998 (FMBl S.142) das Mitarbeitergespräch als neues Instrument der Personalführung für alle staatlichen Behörden verbindlich eingeführt. Es ist sicherzustellen, dass es in allen Verwaltungen durchgeführt wird (Abschnitt IV Satz 2 der FMBek). Mit KMBek vom 4. Oktober 1999 (KWMBI I S. 348) hat das Kultusministerium dazu einen Leitfaden für Mitarbeiter und Vorgesetzte herausgegeben. Darin sind einleitend folgende allgemeine Absichten und Ziele genannt:

Das Mitarbeitergespräch an den Schulen dient der Intensivierung des Dialogs zwischen dem Schulleiter und den Lehrkräften sowie den weiteren an den Schulen tätigen Personen. Es stellt – unabhängig vom laufenden dienstlichen Geschehen und von aktuellen Anlässen – die individuelle Leistungssituation des Mitarbeiters sowie das Führungsverhalten des Schulleiters in den Mittelpunkt und führt in der Regel zu einer gemeinsamen Vereinbarung über Ziele. Diese können sich auf die Unterrichtsarbeit, auf unterrichtliche Vorhaben, schulbezogene Aktivitäten und auf die eigene berufliche Qualifikation beziehen. Über eine intensive (vertrauliche und vertrauensvolle) Aussprache soll das Verhältnis der Gesprächspartner positiv gestaltet werden. Zugleich hilft das Mitarbeitergespräch dem Vorgesetzten, die Probleme, Interessen und das Leistungsvermögen der Mitarbeiter besser kennenzulernen und darauf zu reagieren. Ferner soll es ihm eine Rückmeldung über die eigene Leistung als Führungskraft liefern. Warum nutzen wir dieses „vertrauensbildende“ Mitarbeitergespräch nicht häufiger?

„Wert-voller“ Umgang nutzt allen

Ein Kollegium, eine Fachschaft, Lehrkräfte, Verwaltungs- und zuvorderst Führungs- und Betreuungspersonal müssen sich also permanent fragen: „Wie gehen wir miteinander um?“ Denn machen wir uns nichts vor. So wie wir uns als Kolleginnen und Kollegen gegenseitig achten, respektieren und helfen, so wie wir von der Politik, den Eltern und Betrieben, unseren vorgesetzten Dienststellen und Führungskräften geachtet und behandelt werden – so werden wir auch mit den Schülerinnen und Schülern umgehen!

Deshalb erscheint es mir wichtig, jede einzelne Kollegin, jeden einzelnen Kollegen mit seinen „Werten“ „voll“ anzunehmen und entsprechend miteinander umzugehen.

Alles Gute
Ihr

W. Lambl

Treffen mit der Abteilung VII des KM:

Das Lehramt an beruflichen Schulen wieder attraktiv machen

HANS PREISL

„Wenn dein Pferd tot ist, steig ab!“ Sobald Wolfgang Lambl statt fränkischer Sprüche drastische Indianerweisheiten zitiert, signalisiert er höflich, dass mit ihm nicht zu spaßen ist. Mit der Metapher will der geschäftsführenden Landesvorsitzende auf den Punkt bringen, was viele Kollegenköpfe derzeit beschäftigt. Hartnäckig werden sinnvolle Veränderungen im Bildungssystem verweigert, obwohl alle Welt von Reformen spricht. Seit den Studien zum Bildungsvergleich ist eine verbale Reformorgie losgetreten worden. Das Wort „Bildungsreform“ zielt seit Jahren die Agenda zahlloser Diskussionszirkel. Aber von Reform im Sinne von Umgestaltung des Bildungswesens nach einem stimmigen Konzept kann nicht die Rede sein. Es wird lediglich eine schier endlose Serie an Flickschustereien als „Reform“ verkauft. Der letzte unsägliche Coup entpuppt sich gerade als Fehlgriff: Das Modell des tagelöhnenden Leihlehrers floppt.

Das tote Pferd steht also für eine Bildungs„reform“, die sich als Stückwerk entlarvt, weil nötige Veränderungen nicht wirklich ernsthaft angegangen werden. Ein ernsthaftes Reformbemühen scheitert letztlich an der Bereitschaft, Bildung als Investition zu begreifen. Leider lässt sich kein Konsens herstellen, bei der sich die breite Mehrheit der Fachleute und der öffentlichen Meinung gegen die entscheidungsbefugten Politiker durchsetzen.

Unter diesen Rahmenbedingungen stellen Gespräche, die der VLB mit Vertretern des Kultusministeriums führt, eine besondere Herausforderung dar. Einerseits sieht man klar, dass in der Abteilung VII des KM sehr wohl konzeptionell gedacht wird. Es darf auch anerkannt werden, dass sich die berufliche Abteilung immer kooperativ zeigt, wenn im gegebenen Rahmen um bestmögliche Lösungen gerungen wird. Auf die

sem Weg ist es wenigstens gelungen eine kleine Zahl von Ungerechtigkeiten zurückzunehmen, die das Diktat des Rostift-Politik erzwungen hat. Dass dieses Geschäft so mühsam ist, liegt daran, dass wenige Meter weiter am Odeonsplatz im Finanzministerium eben nicht Bildungsvisionäre sitzen, sondern kühl kalkulierende Buchhalter. Das KM sieht sehr wohl, dass die Grenze der Belastbarkeit von Lehrkräften überschritten ist. Aber diese Einsicht fehlt weitgehend dort, wo die Macht liegt. Dieses Bewusstsein hat die Gesprächsatmosphäre geprägt.

Die Arbeitsbelastung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen reduzieren

Erstmals war der einladende VLB Gast am Salvatorplatz, Hauptpersonalrat und Verbandsvorsitzender Wolfgang Lambl hat schließlich seinen Dienstsitz am KM. Ein Novum der Veranstaltung war auch, dass sich im Anschluss an das Gespräch Vertreter des Verbandes, Personalräte und alle Mitarbeiter der Abteilung VII bei einem kleinen Empfang zwanglos austauschen konnten. Wolfgang Lambl nutzte das Forum dieses verspäteten Neujahrsempfanges, um thesenartig die Voraussetzungen zusammenzufassen, die das Lehramt an beruflichen Schulen wieder attraktiver machen. Wenigstens so attraktiv, dass wieder genügend Bewerber den Weg an diese Schulen finden. Aus Verbandssicht sind dazu folgende Voraussetzungen erforderlich:

- > Ausreichend Planstellen für Einstellungen
- > Verdoppelung der Anwärterbezüge

Für die aktiven Kolleginnen und Kollegen muss es das große Ziel sein, die besondere Belastung der Tätigkeit an beruflichen Schulen zu reduzieren. Deshalb fordert Wolfgang Lambl nachdrücklich

- > die Arbeitszeit bzw. Unterrichts-pflichtzeit abzusenken
- > die Anrechnungsstundenbemessung

der FOS/BOS auch bei den Berufsschulen anzuwenden

- > den Stellvertreter aus dem Anrechnungsstundentopf herauszunehmen
- > den Ausbau einer professionellen Schulverwaltung
- > die Stärkung der beruflichen Bildungsgänge und -abschlüsse

Abteilung VII erhält neue Zuständigkeit: Referat Erwachsenenbildung

Der Arbeitsteil am Nachmittag hatte ein umfangreiche Agenda zu bewältigen. Hauptbrennpunkte waren die Lehrerversorgung, die Berufliche Oberschule, die Dienstrechtsreform und die Arbeitsbelastung von Lehrkräften.

Zunächst konnte Dr. Müller auf eine Veränderung in der Organisation seines Hauses hinweisen, der Zukunftstauglichkeit bescheinigt werden kann. Mit dem Referat VII.9 wurde der beruflichen Abteilung die Zuständigkeit für Erwachsenenbildung zugeordnet. Damit wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die auf das lebenslange Lernen (LLL) einen besonderen Focus richtet. Im europäischen Kontext erfährt das Konzept von LLL eine internationale Bedeutung. Es verzahnt schulische Bildung, Berufsbildung, Hochschulbildung sowie allgemeine und berufliche Weiterbildung zu einem aufeinander aufbauenden und vor allem durchlässigen Gesamtsystem und ist deshalb in der Abteilung VII richtig verortet.

Die Berufliche Oberschule als flächendeckendes Angebot

Weil seit geraumer Zeit die Nachfrage nach Akademikern deutlich schneller steigt als das Angebot, will Bayern die Abiturientenquote erhöhen. Dies soll vornehmlich durch den weiteren Ausbau der Beruflichen Oberschule geschehen. Die unter ihrem Dach vereinigten Berufs- und Fachoberschulen sollen flächendeckend ausgebaut werden. Weil die KMK-Rahmenvereinbarung jetzt eine bundesweite Anerkennung sicherstellt und weil der Schulversuch FOS 13 erfolgreich verlaufen ist, wird die FOS 13 ein Jahr früher als geplant in die Regelform übergeführt. Die Ministerankündigung, die Berufliche Oberschu-

le in die Fläche zu bringen, stößt allerdings auch auf Bedenken bestehender Schulen. Sie befürchten vor allem, dass neue Standorte das differenzierte Fächerangebot der etablierten attackieren könnten. Deshalb sichert Günter Liebl, im Referat VII.6 für die Berufliche Oberschule federführend zu, dass neue Standorte nicht zur Existenzgefährdung bestehender Einrichtungen führen. Die Zauberformel dafür lautet „zwei mal zwei“: Neue Standorte wird es nur geben, wenn jeweils zwei Parallelklassen in mindestens zwei Fachrichtungen zustande kommen. Gedacht sei auch an eine Anbindung von Fachoberschulklassen an bestehende organisatorische Einheiten, wie etwa benachbarte Fachoberschulen. Auch eine Kooperation mit einer Berufsschule sei denkbar. Für die FOS 13 zeichne sich ab, dass es Standorte geben werde, die Satelliten als Zubringer hätten.

Michael Birner sieht die Außenstellenlösung skeptisch. Echte Neugründungen als integraler Bestandteil von Berufsschule zieht er vor. Das Beispiel der Berufsfachschulen zeige, dass Neugründungen eine ungeheure Motivation freischaufelten; engagierte Lehrergruppen würden hocheffizient in kleinen Einheiten arbeiten. Bei Außenstellenkonstellationen mit



Frauenpower im KM: Rita Kagerer (links) und die beiden Rechtsexpertinnen Ingeborg Kubosch und Dr. Jutta Scherg.



Die VLB-Referenten für Dienstrecht und Bildungspolitik Walter Faulhaber und Manfred Greubel (rechts).



Der Leiter der Abteilung VII Dr. Peter Müller und der geschäftsführende Landesvorsitzende Wolfgang Lambl (rechts).



Der BLBS-Bundesvorsitzende Berthold Gehlert und der VLB-Referent für Fachlehrerfragen Reinhard Küffner (rechts).



Werner Lucha, im KM zuständig für gewerbliche Berufe und VLB-Vize Alexander Liebel (rechts).



Hans Wöhrl der Leiter der Rechnungsstelle und Günter Liebl (rechts), zuständig für Fach- und Berufsoberschulen.



Wolfgang Lambl begrüßt die Gäste beim Neujahrsempfang.



Staatssekretär Bernd Sibler outet sich als „Fan der beruflichen Bildung“.

bloß organisatorischer Anbindung würden diese Vorteile erodieren. Man müsse den Berufsschullehrkräften allerdings die Möglichkeit geben sich einzuleben. „So machen sie sich fit, damit sie das auch alleine können.“ Damit entkräftet er auch den Einwand, Qualität brauche in diesem Schultyp erfahrene Kollegen. Der stv. VLB-Vorsitzende Alexander Liebel möchte sichergestellt sehen, dass die Fachoberschulen zuverlässig im System der beruflichen Schulen verankert werden. Er spielte darauf an, dass auch andere Schularten nach diesem attrak-

tiven Schultyp schielten. Manfred Greubel unterstützte ihn in dieser Forderung und warnte davor, Verfehlungen anderer Bundesländer in Bayern zu wiederholen.

Mit Brückenangeboten die Durchlässigkeit des Bildungssystems verbessern

Ein Anspruch der Beruflichen Oberschule besteht darin, die Durchlässigkeit des Bildungssystems in Richtung Fachhochschule und Universität zu erhöhen. Damit das Motto „Keine Abschluss ohne Anschluss“ keine leere Phrase bleibt, sind aber noch erhebliche Anstrengungen nötig. Noch haben die Schüler nicht aller Zubringerschulen auf dem beruflichen Bildungsweg eine Chance.

Michael Birner hält die Entwicklung für besonders bedenklich, dass sich an den Berufs- und Fachoberschulen ein regelrechter privater Markt neben der regulären Schule entwickelt. Offensichtlich besteht dringender Bedarf Unterrichtsstoff zusätzlich zu repetieren. Deshalb ist vorgesehen, zusätzliche Hilfen in Form Brücken- und Förderangeboten zu unterbreiten. Es mag ja ein ehrenwerter Ansatz sein, mit zwei Wochenstunden im ersten Halbjahr der 11. Jahrgangsstufe Hauptschülern und Wirtschaftsschülern theoretisch Chancen zu eröffnen, ob die sich realisieren lassen, muss die Zukunft zeigen. Ganz frei vom Geruch eines Billigabiturs bleiben so bescheidene Angebote nicht.

Reformbaustelle Hauptschule: konsequentere Berufsorientierung

Ein besonderes Augenmerk – allerdings wieder mit begrenzten Mitteln – soll der Schnittstelle Hauptschule – Berufsschule gelten. Werner Lucha hat ein Konzept erarbeitet, das helfen soll, die Hauptschüler fit zu machen für eine Ausbildung. Die bereits in die Wege geleitete Profilbildung hat eine konsequentere Berufsorientierung zum Ziel. Dabei soll das Fach-Know-how der Berufsschulen angezapft werden. Weil das Ganze natürlich nichts kosten darf, nutzen die Hauptschulen Werkstätten der Berufsschulen in dem Umfang wie im Gegenzug Hauptschullehrer an Berufsschulen ihre methodischen Werkzeuge in Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungs-

verhältnis einbringen. Lucha möchte perspektivisch dazu kommen, dass die 5500 Schüler, die jedes Jahr eine Klasse wiederholen müssen, von alternativen Modellen profitieren.

Berufsschule plus – eine neue Chance für Leistungsträger

Leistungsstarke Auszubildende können vom Schuljahr 2008/2009 an in Bayern parallel zur Ausbildung die Fachhochschulreife erwerben. Ein entsprechendes Programm hat das bayerische Kultusministerium zusammen mit der Stiftung Bildungspakt ausgeschrieben. An zehn Standorten wird das Programm „Berufsschule plus“ im kommenden Schuljahr anlaufen. Bevorzugt werden sollen Standorte, an denen bisher noch keine FOS existiert. Die Jugendlichen müssen dabei eine mindestens zweijährige Ausbildung absolvieren und einen Mittleren Schulabschluss mit einem Notendurchschnitt von mindestens 3,5 in Deutsch, Mathematik und Englisch aufweisen. Das Programm läuft parallel zur Berufsausbildung. Die Auszubildenden erhalten zusätzlichen Unterricht außerhalb der Berufsschul- und der Arbeitszeit. Nach drei Jahren folgt eine Ergänzungsprüfung in Mathematik, Englisch und Deutsch, deren Bestehen die Fachhochschulreife verleiht.

Der VLB unterstützt dieses Modell mit der Maßgabe, dass das Kultusministerium den beruflichen Schulen die zeitlichen Ressourcen für diese neue Aufgabe gewährt und die für den Schulversuch benötigten Planstellen bereitstellt.

Dienstrechtsreform: leistungsbezogene Elemente werden ausgebaut

Eine gespannte Erwartungshaltung herrscht, wie der Freistaat seine Kompetenzen bei der Dienstrechtsreform nutzen wird. Im Frühsommer – also deutlich vor dem Wahltermin – sollen sog. Eckpunkte präsentiert werden. In Kraft treten wird das Gesetzeswerk 2010 oder 2011. Wenige Dinge gelten als sicher:

- > Es steht die politische Zusage des Ministerpräsidenten, dass für Grund- und Hauptschullehrer ein Beförderungssamt geschaffen wird.
- > Die leistungsbezogenen Anteile bei der Besoldung sollen deutlich erhöht

- werden, die Rede ist von etwa 1 Prozent der Lohnsumme.
- > Das Besoldungssystem bleibt im Prinzip unangetastet.

Mittlerweile hat das federführende Finanzministerium einen vorläufigen Zwischenstand veröffentlicht, der die skizzierten Tendenzen bestätigt. Wegen des hohen Finanzvolumens will man die Reform in mehreren Schritten umsetzen.

Das Finanzministerium hat Mdgt. Wilhelm Hüllmantel mit der Moderation des Prozesses beauftragt, der das Dienstrecht modernisieren soll. Das Kultusministerium zeigt sich eher defensiv. Zurückhaltend gibt es sich auch in einer Frage, die im Rahmen des Modellversuchs Profil 21 an bestimmten Schulen für erhebliche Aufregung sorgt.

Brauchen wir an Schulen ein mittleres Management?

Einige Schulleiter haben auf wohl etwas brachiale Art versucht neue Führungsstrukturen aufzubauen. Sie wollen eine sog. mittlere Managementebene einziehen. Das hört sich nicht allzu dramatisch an, verbürge sich dahinter nicht ein etwas antiquiertes hierarchisches Führungsverständnis. Sie setzen auf Abteilungsleiter, die in ihrer Personalverantwortung auch Weisungsbefugnis haben sollen. Das spaltet die Kollegien. Erfolgreiche Abteilungsleiter haben es bisher geschafft gerade unter Verzicht auf Hierarchiemacht unverzichtbare Führungskräfte ihrer Schule zu sein. Sie haben

- > Vertrauen in der Abteilung aufgebaut
- > unterschiedliche Interessenlagen einbezogen und Konflikte gelöst
- > Richtung und Orientierung geben
- > Machtstrukturen durchschaut und behutsam genutzt
- > den Kollegen typ- und situationsgerecht Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet
- > Fehler als Chancen zum Lernen zugelassen

Eine Führungskraft ist nicht, wer qua Organigramm an einer bestimmten Stelle sitzt, sondern für den sich die Mitarbeiter innerlich entschieden haben. Führen heißt also vor allem, die Rahmenbedingungen für den Schulalltag so zu gestalten, dass sich die Fähigkeiten der Mitarbeiter breit entfalten können. Als fach- und sozialkompetente Persönlichkeiten sind die Fachbetreuer Garant für eine hohe Unterrichtsqualität. Und das allein kann der Maßstab sein, an dem zu messen ist, ob eine Führungskraft eine A15-Position rechtfertigt. Wenn die Forderung des BLBS-Bundesvorsitzender Berthold Gehlert umgesetzt wird Besoldungskriterien herauszuarbeiten, dürften solche kardinalen Führungsmerkmale nicht fehlen.

Führen ohne Vorgesetztenfunktion

Für die Debatte um die Rechtfertigung von Funktionsstellen genügt es, dieses anspruchsvolle Aufgabenspektrum von Fachbetreuern überzeugend zu kommunizieren. Dann muss man kein Führungsmodell im „Köcher haben“, das einen Vorgesetzten mit Weisungsbefugnis braucht. In manchen Profil21-Zirkeln kann man sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass die Debatte um Funktionsstellen mangels Argumenten instrumentalisiert werden soll. Sie wollen ihre Managementebe-



Jürgen Wunderlich, der Bezirkschef von Schwaben und VLB-Stellvertreterin Dr. Angelika Rehm.



Oberpfalz-Tandem: Bezirkspersonalrat Martin Krauß und VLB-Berzirkschefin Sophia Altenthan.



Der niederbayerische Bezirksvorsitzende Rudi Puryear (v.l.) im Gespräch mit den Ministeriumsmitarbeitern Claus Pommer, Günther Schuster, Günter Liebl und Thomas Schlütsmeier.



Die Bezirkspersonalräte Martin Krauß (rechts), Robert Kölbl (von links) und Astrid Geiger mit dem VLB-Dienstrechtsreferenten Walter Faulhaber.

ne mit allen Mitteln von oben durchdrücken. Dr. Güttler nimmt sich in der brisanten Debatte vornehm zurück. „Die Strukturen bilden sich erst heraus“. Vielleicht sollte die Stiftung Bildungspakt einen kritischen Blick auf die Ausbildung dieser Strukturen werfen. Man muss keine einschlägige Managementliteratur studieren, um zu erkennen: Zeitgemäß ist nicht eine hierarchische Befehlsstruktur, sondern eine aktivierende Diskurs-Kultur.

Dem Lehrerberuf die Würde zurückgeben

Das Kardinalproblem für den VLB stellt nach wie vor der eklatante Lehrermangel dar. Um dieses Übel bei der Wurzel zu packen, hilft wohl wirklich nur – um Wolfgang Lambls Metapher noch einmal aufzugreifen – endlich den Gaul zu wechseln. Die permanent steigenden Belastungsfaktoren, die mehrmalige Arbeitszeitverlängerung, die vielen finanziellen Verschlechterungen, die skandalöse Vergütung für Referendare machen den Beruf des Pädagogen unattraktiv. Massive Nachwuchsprobleme sind die Folge. Jetzt rächt sich, dass die Politik das Berufsethos der Lehrer dazu missbraucht hat, die Belastungsschraube immer weiter anzuziehen. Tausende von „Planstellenäquivalenten“ hat man dadurch gewonnen, ohne einen müden Euro ausgeben zu müssen. Dieses Pferd ist jetzt wirklich tot. Da hilft auch der Sarkasmus eine Tiki Küstenmacher nichts, der empfiehlt „Qualitätsstandards für das Reiten auf toten Pferden“ zu entwickeln. Hier hilft wirklich nur ein neues Pferd, eines das den Lehrerinnen und Lehrern die gesellschaftliche Achtung zurückgibt. ■

„Mit der Politik im Gespräch“:

Regionale Bildungslandschaften – Grüne wollen Schulen mit kommunalem Umfeld vernetzen

HANS PREISL

Mit Volldampf ist der VLB in das Wahljahr 2008 gestartet. In einer Phase der politischen Weichenstellungen gilt es präsent und hellwach zu sein. Hinter dem Anliegen Bildung stehen keine mächtigen Pressuregroups. Der Erfolg von Lobby-Arbeit hängt vom Engagement ehrenamtlich tätiger Verbandsvertreter ab. Und hier gibt der geschäftsführende Vorsitzende Wolfgang Lambl mächtig Gas: Nach Gesprächen mit dem neuen CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid, dem bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein und Staatssekretär Bernd Sibler trat er und sein Vorstandsteam in den Dialog mit der kleineren Oppositionspartei, den Grünen im Bayerischen Landtag.

Für dieses Gespräch suchte er die örtliche Nähe zum politischen Tatort. In aller Herrgottsfrühe hatte zu einem politischen Frühstück ins Maximilianeum geladen. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt: Bevor im bayerischen Zentrum der Macht die ersten Termine anstanden, stand ein ausreichendes Zeitfenster für die Erörterung bildungspolitischer Fragen offen, es wurde aber der Versuchung widerstanden, sich in Einzelfragen zu verzetteln. Eine Tischvorlage mit klaren Daten, Fakten und Desideraten erlaubte ein zielstrebiges Arbeiten. Vier Schwerpunkte standen auf der Agenda:

- > Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte
- > Attraktives Referendariat
- > Professionalisierung der Verwaltung
- > Gestaltung einer zukunftsorientierten beruflichen Bildung

Effiziente Schulen brauchen eine professionelle Schulverwaltung

Auf offene Ohren stößt bei den Grünen die Forderung nach einer Professionalisierung der Schulverwaltung. Die Verwaltungsangestellten in den Schulsekre-

tariaten sind nämlich hoffnungslos unterbesetzt und erbärmlich bezahlt. Die antiquierten Arbeitsplatzbeschreibungen werden der veränderten Aufgabensituation in den Schulsekretariaten in keiner Weise mehr gerecht. Dem VLB schwebt deshalb die Etablierung eines Schulverwaltungsassistenten oder Schulkanzlers vor. Diese Funktion soll das anspruchsvolle Aufgabenspektrum und die gestiegene Verantwortung abbilden.

Zwar hat der Haushaltsausschuss aus Mitteln der sog. Fraktionsreserve zusätzliche Stellen für Verwaltungsangestellte bereitgestellt. Aber die 20 Stellen für die Fach- und Berufsoberschulen und gerade mal 10 Stellen für die Berufsschulen bilden allenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein.

Dienstrechtsreform: Leistungshonorierung muss „on top“ erfolgen

Für den Monat Juni werden die Eckpunkte einer Dienstrechtsreform im Rahmen einer Regierungserklärung erwartet. Bekanntlich sind ja ihm Zuge der Reföderalisierung weitreichende Kompetenzen im Bereich des Laufbahn- und Besoldungsrechts auf die Bundesländer übergegangen.

Adi Sprinkart macht keinen Hehl daraus, dass er vom Ergebnis der bisherigen Gespräche enttäuscht ist. Er hätte sich gerne am Schily-Papier zur Reform des öffentlichen Dienstes orientiert. Nun haben sich die Dinge allerdings anders entwickelt. Für den Kultusbereich ist im Prinzip nur sicher, dass Volks- und Realschulen ein Beförderungsamts bekommen werden. Sprinkart befürchtet, dass dies kostenneutral umgesetzt werden soll.

Sprinkart rät auch dazu Funktionsstellen zukunftssicher zu machen, indem deren Inhaber Personalverantwortung für die Kollegen der Abteilung übernehmen. Wolfgang Lambl hält dem entgegen, dass die Führungsaufgabe der



Wolfgang Lambl und Dr. Angelika Rehm bedanken sich bei den beiden Abgeordneten der Grünen Adi Sprinkart und Simone Tolle (bildungspolitische Sprecherin, links) mit „vergorener fränkischer Sonne“.

Fachbetreuer darin bestehe, die pädagogische Qualität des Unterrichts sicherzustellen.

Wenn bei der Dienstrechtsreform ernst gemacht werden soll mit dem Leistungsgedanken, müssen entsprechende Besoldungselemente „on top“ gewährt werden. Der VLB erteilt allen Gedanken ein Absage, die Gewährung von Leistungsbezügen als kompensatorisches Element zu sehen. Deshalb ist es zwingende Voraussetzung, dass zusätzliches Geld bereitgestellt wird.

Strukturelles Nachwuchsproblem nicht mit Notmaßnahmen zu lösen

Vor massiven Problemen stehen die beruflichen Schulen, wenn es darum geht, den Lehrerberuf adäquat abzudecken. Eine Budgetlücke in Höhe von 7 Prozent führt dazu, dass in erheblichem Umfang Pflichtunterricht ausfallen muss. Der Personalengpass verleitet auch dazu unsinnige Wege zu beschreiten. In einem Pilotprojekt will das Kultusministerium Lehrer durch Leiharbeiter ersetzen. Schulen können über Zeitarbeitsfirmen arbeitslose Akademiker, Pensionäre oder Studenten anfordern. Simone Tolle kann darüber nur lachen und hält diesen Weg der Personalrekrutierung für „eine Totgeburt“. Erste Signale vor Ort scheinen ihr recht zu geben. Der Lehrermangel hat hausgemachte Gründe. Weil ein Teil

der Bewerber mit schlecht bezahlten, befristeten Jahresverträgen abgespeist wird, ziehen viele Kandidaten eine Beschäftigung in anderen Bundesländern oder in der freien Wirtschaft vor. Wenig attraktiv sind die Bedingungen für Referendare im Schuldienst. Dass manche Lehrlinge mehr verdienen als die Lehramtsanwärter, verhöhnt den qualifizierten ausgebildeten Berufsnachwuchs. Daneben müssen sie auch noch einen Sparbeitrag zur Sanierung des Staatshaushalts leisten. Der eigenverantwortlich zu leistende Unterricht wurde vermehrt.

Benachteiligung von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften bei der dienstlichen Beurteilung

Zweifel haben die Grünen an der Objektivität der dienstlichen Beurteilung. Die beiden Merkmale Geschlecht und Art der Beschäftigung bestimmen ihrer Meinung nach das Ergebnis mehr als objektive Kriterien. So werden teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte ebenso benachteiligt wie weibliche. Ein Blick auf Zahlen bestätigt diesen Befund. Das Beurteilungsprädikat besonders gut (BG) bekommen vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte mit dreimal höherer Wahrscheinlichkeit als teilzeitbeschäftigte. Frauen erhalten dieses Urteil nur halb so oft wie Männer. Die stv. VLB-Vorsitzende Dr. Angelika Rehm plädiert deshalb für ein He-

runterbrechen der Zahlen auf die Schulebene. Gleichstellungsbeauftragte sollen die Zahlen erfassen und den Personalrat informieren. Sie vermutet, dass es sich nicht um eine willkürliche, sondern unbewusste Schlechterstellung handelt. Dem widerspricht Simone Tolle in ihrer Rolle als frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion: „Menschen haben ein Raster im Kopf.“

Selbständige Schulen in kommunaler Verantwortung

Die Grünen stellen ihr Konzept vor, mit dem sie „die Schulen im Dorf lassen“ wollen. Sie wollen den demografischen Wandel für eine pädagogische Reform nutzen. Dabei sprechen sie sich für eine „Schule aus einer Hand aus“, die die Zuständigkeiten für innere und äußere Schulangelegenheiten zusammenführt und zwar in den Händen der Kommunen. Davon versprechen sie sich auch eine bessere Vernetzung der Schulen mit ihrem kommunalen Umfeld. Immer mehr würden die Kommunen erkennen, dass die Gestaltung einer regionalen Bildungslandschaft einen wesentlichen Standortfaktor darstelle. Die Grünen sehen ein größeres Innovationspotenzial, wenn die Schulen ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen dürfen.

Berufsschulen haben sich noch nie als isolierte Lernorte verstanden. Der Herausforderung, junge Menschen gesellschaftlich und beruflich zu integrieren, haben sie sich immer schon dadurch gestellt, dass sie Netzwerke geknüpft oder initiiert haben. In Koordination mit anderen Schularten, Beratungsstellen, Betrieben, Kammern, Arbeitsagentur u.a. haben sie die wachsende Heterogenität bei den Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler gestemmt. Wenn die Schule zum Lebensraum für junge Menschen werden soll, der viele gesellschaftliche Konflikte spiegelt, brauchen Schulen den vorbehaltlosen Rückhalt in der Gesellschaft. So gesehen stellt der Ansatz, dass eine ganz Region Verantwortung für den Lernerfolg der jungen Menschen trägt, einen Paradigmenwechsel dar. Bisher kam der Schule nur die Rolle als Reparaturbetrieb einer kränkelnden Gesellschaft zu. ■

15. Hochschultage Berufliche Bildung in Nürnberg:

Ringens um Qualität: Bildung ist der wertvollste Rohstoff

HANS PREISL

Die Hochschultage Berufliche Bildung können nun schon auf eine beinahe 30-jährige Tradition zurückblicken. Seit 1980 richten renommierte Hochschulstandorte den Kongress im 2-Jahresturnus aus. Dieses Forum ist damit aus dem Jugendalter raus und auch kein Twen mehr, wie der Ausrichter des diesjährigen Kongresses, Prof. Dr. Karl Wilbers verschmitzt bemerkt. Damit das Symposium aber auch nicht von den ersten Symptomen einer Midlife-Crisis erfasst wird, hat der Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung vorgesorgt. Er hat Elemente, die sich bei den bisherigen Hochschultagen bewährt haben, beibehalten, aber auch eigene Akzente gesetzt.

Das eigentliche Erfolgsgeheimnis der Hochschultage liegt in ihrer Offenheit: Hier treffen sich nicht elitäre Zirkel zum rein akademischen Disput. Vielmehr beschäftigen sich ausgewiesene Experten mit Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Dabei diskutieren die Akteure der beruflichen Bildung gemeinsame aktuelle Fragen und suchen nach Antworten oder Lösungen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichsten Disziplinen und Arbeitszusammenhängen treffen sich. Vertreter von Hochschulen, berufsbildenden Schulen, Sozialpartnern, Ministerien, Studienseminaren, Verbänden und anderen gesellschaftspolitischen Institutionen, aus Betrieben und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigen sich mit wissenschaftlich, praktisch und politisch relevanten Fragen. Das vielfältige Gedankengut dieses breiten Teilnehmerkreises trägt ganz entscheidend zu einem innovativen Klima bei den Hochschultagen bei.

Das Rahmenthema: Qualität in Schule und Betrieb

Die Hochschultage 2008 betonten ganz besonders die enge Kooperation zwi-

schen Bildungspolitik, Bildungsforschung und Bildungspraxis. 18 Fachtagungen, 26 Workshops, zwei Vortragsbänder und zahlreiche Kurzexkursionen in Betriebe und Bildungseinrichtungen erschlossen eine außerordentliche Vielfalt an Perspektiven. Orientiert und programmatisch getragen wurden die Tagungsbeiträge durch das anspruchsvolle Rahmenthema: „Qualität in Schule und Betrieb – Forschungsergebnisse und gute Praxis“.

Mit der Wahl des Rahmenthemas „Qualität“ ist dem Neufranken Wilbers ein besonders glücklicher Griff gelungen. Das Thema erlaubte es, auf nationale und internationale Perspektiven zu achten, bayerische Propria der Berufsbildung zu akzentuieren und gleichzeitig Initiativen der gastgebenden Region zu würdigen. Mit Feingefühl hat er die spezifischen Entwicklungen in der fränkischen Region wahrgenommen und Raum gegeben entsprechende Aktivitäten einzubringen.

Als Schirmherr des Kongresses konnte Dr. Günther Beckstein gewinnen, der die Tagung mit einem Vortrag auch eröffnete.

Ausbildungsprojekte prägen den Charakter der Hochschultage mit

Es ist gute Tradition der Hochschultage, dass viele Teilnehmende aus dem Bundesland des Veranstalters kommen. Die Akteure der Berufsbildung in der fränkischen Metropolregion nutzten die Gelegenheit, zusammen mit internationalen Experten an Zukunftsherausforderungen zu arbeiten. Workshops wurden immer von Tandems aus Wissenschaftlern und Praktikern vor Ort geleitet. Die regionalen beruflichen Schulen präsentierten ihre Arbeiten u.a. zur Schulentwicklung oder zu innovativen Unterrichtsideen. So haben zahlreiche Projekte beruflicher Schulen im Frankenland die Hochschultage mitgeprägt. Schülerinnen und Schüler haben auch wichtige Aufga-

ben bei der Durchführung der Tagung übernommen. In sog. Ausbildungsprojekten entlasteten sie die Organisatoren des Kongresses. Allerdings stand der Lerneffekt der Projekte im Vordergrund. Auszubildende erhielten so die Möglichkeit in einer „Echtsituation“ ihr Wissen und Können zu erproben. Mehr als ein Dutzend berufliche Schulen führte das Programmkomitee in ihrer Liste als Partner der Hochschultage

Das Tagungsbüro der Hochschultage bestand aus Schülerinnen und Schülern der Versicherungsfachklasse VS 10 A der Städtischen Berufsschule 4. Im Rahmen ihres Ausbildungsprojektes organisierten sie die Registrierung der Kongressteilnehmer, versorgten sie mit Tagungsunterlagen, stellten Quittungen aus und verkauften Eintrittskarten für Tagungsfest und Exkursionen. Im einschlägigen Lernfeld wandten sie konkrete Methoden des Projektmanagements an und lernten die Bedeutung systematischer Projektarbeit kennen. Die Tagungsteilnehmer können bestätigen, dass die Schüler die anspruchsvolle Aufgabe, einen reibungslosen Ablauf der Hochschultage zu gewährleisten, souverän bewältigt haben.

Insgesamt waren an 18 solchen Ausbildungsprojekten insgesamt 300 Schülerinnen und Schüler beteiligt. Dazu gehörte u.a. die florale Gestaltung der Räumlichkeiten, die Live-Berichterstattung im Internet, die eindrucksvolle Foto-Dokumentation des Kongresses, das Catering beim Tagungsfest, die musikalische Gestaltung der Finissage oder die Verlockung der Teilnehmer durch frisch hergestellte Trüffelpralinen.

„Poster-Award Hochschultage 2008“

Eine interessante Möglichkeit sich in den Kongress aktiv einzubringen, bot bei den Hochschultagen 2008 ein Posteraward. In den Kategorien „Wissenschaft“, „Praxis“ und „Schülerprojekte“ konnten auf einem Plakat wissenschaftliche Ergebnisse und gute Praxis einem interessier-

ten Fachpublikum präsentiert werden. In jeder Kategorie wurde das beste Poster mit einem Poster-Award geehrt. Die Stadtparkasse Nürnberg sponserte die Ehrung mit einem Preisgeld von jeweils 1 000 Euro.

In der Kategorie „Schülerprojekte“ entschied sich die Jury für das Projekt FAME. Die Berufsfachschule für Hauswirtschaft hat den Stundenplan um drei Unterrichtsstunden erweitert. Die zusätzliche Zeit wird für Freies Arbeiten Mit Eigenverantwortung verwendet. In dieser Zeit planen die Schüler selbständig Unterrichtsprojekte. In eigener Verantwortung vertiefen sie Lerninhalte der drei Prüfungsfächer.

In der Kategorie „Praxis“ wurde das Projekt „Extern zertifiziertes Umweltmanagement der Beruflichen Schulen 4 und 14 Nürnberg“ mit dem „Sparkassen-Poster-Award Hochschultage 2008“ ausgezeichnet. Die B4 und die B14 haben als erste berufliche Schulen in Bayern das Gütesiegel „EG-Öko-Audit (EMAS)“ durch eine externe Validierung erworben.

Nationale Arbeitsgruppe will Entwurf für Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) vorlegen

Die Hochschultage Berufliche Bildung bilden ein ideales Forum für den Austausch von Erfahrungen, Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, aber auch von Ideen und Konzepten aller an der Berufsbildung Beteiligten. Kaum eine andere gesellschaftliche Sphäre kennt so unterschiedliche Strukturen wie die berufliche Bildung.

Das Thema Qualität der beruflichen Bildung in Europa wurde in vielen der Einzelveranstaltungen unter verschiedensten Aspekten aufgegriffen. Hier zeigte sich, dass die hochkomplexe Thematik noch von vielen Unklarheiten geprägt ist. Der vom BLBS-Bundesvorsitzenden Berthold Gehlert geleitete Workshop nahm einige der wesentlichen Brennpunkte der Qualität beruflicher Bildung in den Focus. Er ging den europäischen Impulsen nach, die der sog. Kopenhagen-Prozess ausgelöst hat. Viele europäische Staaten arbeiten zur Zeit daran, den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) zu implementieren.



Berthold Gehlert (2. von links) moderierte den Workshop „Brennpunkte der Qualität beruflicher Bildung“. Impulsreferate hielten Wolfgang Herbst (von links), Prof. Dr. Andreas Schelten, Sabine Mesech und Hans Lehmann.



Souverän und charmant: Das Tagungsbüro der Hochschultage bestand aus Schülerinnen und Schülern der Städtischen Berufsschule 4, rechts Schulleiter Alexander Liebel.

Das ehrgeizige Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 in jedes Zeugnis einen Hinweis auf ein EQF-Niveau aufzunehmen. Auch in Deutschland wird ein Nationaler Qualifikationsrahmen (DQR) entwickelt. Im Herbst soll ein erster Entwurf vorgelegt werden. Gehlert stellte insbesondere die politischen Implikationen dar, die bestimmend dafür sind, wie der Prozess der Entwicklung des DQR organisiert ist.

Qualität der Übergänge

Die Schülerschaft an beruflichen Schulen ist bekanntermaßen außerordentlich

heterogen. Das gilt für den Übergang von allgemein bildenden Schulen an berufliche Schulen ebenso wie für den Übergang vom dualen System ins Erwerbsleben. An beiden Schnittstellen „Einmündung in berufliche Schulen“ und „Abschluss der Beruflichen Schulen“ erleichtern zielgruppengerechte Unterstützungsmaßnahmen den Übergang. Die Einflussfaktoren auf einen qualitativ „guten“ Übergang sind vielfältig. Der Workshop 20 „Übergangsmangement“ stellte modellhaft spezifische Unterstützungsangebote vor.



Der Geschäftsführer der Hochschultage Kai Hege-
mann am VLB-Stand mit Matthias Kohn (rechts).



Prof. Dr. Thomas Bals (links), Vorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft Berufliche Bildung e.V. und
die VLB-Bezirksvorsitzende Sophia Altenthan.

Alexander Liebel und seine Kerstin Ruder von der Beruflichen Schule 4 Nürnberg führten Praxisbeispiele vor, in denen Qualifizierungsangebote aus dem Weiterbildungsbe-
reich in die duale Ausbildung integriert wurden. So macht die Schule Angebote für Schüler, die sich auf ein Assessment-Center oder eine Existenzgründung vorbereiten wollen. Manfred Greubel und sein Team von der Beruflichen Schule 6 stellten Qualifizierungsangebote vor, die dadurch profilbildend wirken, dass sie über den Lehrplan hinausreichen.



Hausherr Prof. Karl Wilbers freut sich den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein begrüßen zu können.

Stand der Qualitätsdebatte

Die Resultate von internationalen Vergleichsstudien wie TIMSS oder PISA haben die Diskussion um die Qualität von Bildungsprozessen und die Effizienz unseres Bildungssystems verstärkt. Dabei scheint der Paradigmenwechsel von der Input- hin zur Outputsteuerung vollzogen. Vor allem Initiativen auf der Ebene der Europäischen Union wie der Bologna- oder Kopenhagenprozess mit dem Ziel, Bildungsabschlüsse vergleichbar zu machen, haben diesen Prozess befördert. So sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, zum Ziel „der Entwicklung kompatibler Qualitätssicherungssysteme unter Achtung der Vielfalt in Europa“ solche Instrumente zu implementieren, die vorrangig auf „learning outcomes“ basieren. Der Europäische Qualifikationsrahmen beschreibt nicht wie, wann, wo und wie lange jemand gelernt hat, sondern das, was jemand kann!

Offensichtlich sind die Befürchtungen weitgehend verflogen, die Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und des Europäischen Kredittransfers und -akkumulationssystems für berufliche Bildung (ECVET) rüttelte am in Deutschland hochgehaltenen Berufsprinzip. Der Trend zur Modularisierung

von Bildungsgängen lässt nicht mehr die Ablösung breiter gesellschaftlich normierter Qualifikationen durch schmale betriebsspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten befürchten.

Die Diskussion um die konkrete Form der Feststellung der in vielfältigen Ausbildungsformen entstandenen Qualifikationen ist leider immer noch eine Sache von wenigen Insidern.

Die HT 2008 dürfen es sich als verdienstvolle Leistung auf ihre Fahnen schreiben, dass sie die wenig demokratische Begrenzung auf interne Zirkel aufgebrochen haben. Nur eine breite Diskussion aller Betroffenen schafft die Akzeptanz, die ein so ehrgeiziges Projekt wie der Europäische Qualifikationsrahmen braucht.

Die ertragsorientierte Betrachtungsweise der Diskussion um Bildungsqualität erhöht den Druck auf die Schulpraktiker. Die Erwartungshaltung in Bezug auf die Outputqualität steigt. Falsch verstandener Ehrgeiz treibt die Lehrkräfte dazu die Ergebnisse einseitig als Rückschluss ihrer eigenen pädagogischen Arbeit zu begreifen. Dabei erlauben die Ergebnisse eher Rückschlüsse auf Schwächen von Institutionen und Defizite des zugrundeliegenden Systems. Das hohe



Strahlende Gewinner beim Poster-Award: Die Berufsfachschule für Hauswirtschaft im Staatlichen Schulzentrum in Ansbach siegte mit ihrem Projekt FAME. Esther Rambold (rechts) und ihre Schülerin Pia Berr freuen sich über die Auszeichnung.

pädagogische Ethos macht es der Politik leider einfach, die Input-Qualität zu senken. In der Bildungspolitik reagiert deshalb gnadenlos der Rotstift: Mehrfache Verlängerung der Arbeitszeiten, gestiegene Klassenstärken, drastische Ausweitung des Aufgabenkatalogs, Streichung von Anrechnungstunden, um nur einige der Grausamkeiten zu nennen. Vielleicht sollten die nächsten Hochschultage die Auswirkungen der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssektors auf die Bildungsqualität in den Fokus nehmen.

Intensive Dokumentation der Hochschultage

Die 15. Hochschultage werden besonders intensiv dokumentiert werden. In Arbeit sind folgende Dokumentationen:

- > **Tagungsband:** Thomas Bals, Kai Hegmann und Karl Wilbers (Hrsg.): Qualität in Schule und Betrieb. Forschungsergebnisse und gute Praxis. Einleitende Übersicht, Zusammenfassung der Ergebnisse der Workshops und Fachtagungen, Kurzvorträge. Der Band wird als Print-Buch sowie als frei erhältliches Dokument im Internet zur Verfügung stehen

- > **Tagungsdokumentation in KIBB** (Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung): Powerpoint-Folien der Workshops und Fachtagungen: www.kibb.de
- > **Tagungsdokumentation in bwp@** (Berufs- und Wirtschaftspädagogik - online): Vertiefende Beiträge zu ausgewählten Workshops und Fachtagungen: www.bwpat.de

- > **Hochschultage live** (Schülerprojekt der DMD11B, Fachklasse für Mediengestaltung, der beruflichen Schule 6 Nürnberg und der Auszubildenden der Sparkasse Nürnberg): www.hochschultage-live.de
- > **Hochschultage multimedial:** Auf der Webseite www.hochschultage-2008.de werden Fotos, Videos und mehr zur Verfügung stehen.

Wechsel an der Spitze des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung:

Thomas Sachsenröder neuer Leiter des ISB

Reibungslos hat sich der Wechsel an der Spitze des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung vollzogen. Am Donnerstag, 28.02.2008 wurde Dr. Peter Meinel in einer Festveranstaltung in den Ruhestand verabschiedet, am Freitag, 29.02., sagten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung „Leb wohl“ zu Ihrem Direktor Thomas Sachsenröder. Am darauf folgenden Montag wurde er von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ISB als neuer Leiter begrüßt und vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Person von Mdgt. German Denneborg eingeführt.

Fast 13 Jahre leitete Dr. Peter Meinel als Direktor das ISB. Er führte es vom Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung zum Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung und von der Arabellastraße in die Schellingstraße. Hinter dem Namenswechsel des Jahres 2003 verbirgt sich nicht nur eine organisatorische Veränderung im ISB, nämlich die Gründung der Qualitätsagentur und der Grundsatzabteilung, der neue Name steht auch für einen Paradigmenwechsel: die Abkehr von der Inputsteuerung hin zur Output- oder besser Outcome-Steuerung in Verbindung mit der Verlagerung weitgehender Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen an die Schulen.



Verabschiedet: Dr. Peter Meinel.



Eingeführt: Thomas Sachsenröder.



Festgäste: VLB-Vorsitzender Wolfgang Lambl, Anton Huber (brlv) und die Landesvorsitzende der Realschulleitern Ingrid Ritt.

In seiner Abschiedsrede für den scheidenden Direktor betonte Staatsminister Schneider, dass Dr. Meinel stets auf strikte Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung geachtet haben. Er habe die Aufgaben nie nur einfach abgearbeitet, sondern durch sein echtes persönliches Interesse für das bayerische Schulwesen vielmehr immer auch zur Motivation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beigetragen. Seiner Leitung sei es außerdem zu verdanken, dass das ISB in Bayern, ja in ganz Deutschland und darüber hinaus hoch geschätzt werde. Neben all seinen Tätigkeiten sei Dr. Meinel immer Mensch geblieben: ein „Gentleman“ im besten Sinn des Wortes und zugleich ein herausragender, authentischer Vertreter eines modernen, zeitgemäßen Bildungsverständnisses.

Thomas Sachsentröder war seit 2001 Akademiedirektor. Zuvor leitete er zehn Jahre im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus das Referat für die kaufmännischen beruflichen Schulen. Seinen beruflichen Werdegang begann er nach dem Abitur zunächst mit einer Ausbildung als Buchhändler. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik mit Zweitfach Deutsch, das er 1977 als Diplomhandelslehrer abschloss, unterrichtete er an einer kaufmännischen Berufsschule in München. Gleichzeitig war er nach seiner Ausbildung zum Beratungslehrer mehrere Jahre an der Städ-

tischen Schul- und Bildungsberatung tätig. In der Akademie war Thomas Sachsentröder schulartübergreifend mit allen pädagogischen und organisatorischen Fragen der Lehrerfort- und Weiterbildung befasst.

Diese Erfahrungen bringt er in sein neues Aufgabengebiet ein. Im Mittelpunkt seiner Arbeit am ISB stehen konzeptionelle Aufgaben. Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind weiterhin die Lehrplanentwicklung, die Betreuung von Schulversuchen, die Erstellung von Prüfungen und Tests, die Erarbei-

tung von Umsetzungshilfen für Unterricht und Erziehung sowie die Evaluation und Bildungsberichterstattung. Besonders wichtige Aufgabengebiete sind darüber hinaus die Schnittstellenproblematik und die Frage der demographischen Entwicklung. „Das ISB erbringt wertvolle Serviceleistungen für die Schulen, die Schulverwaltung und für das Ministerium“, sagte Staatsminister Schneider, „ich erwarte vom neuen Leiter, dass er die Arbeit des Instituts erfolgreich fortsetzt und seine Erfahrungen aus der Lehrerfortbildung in die konzeptionelle Arbeit des Instituts einbringt.“

Die Schulpraktiker vor Ort warten gespannt darauf, welche Defizite die externe Evaluation bei den Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit offenlegen wird. Und sie erwarten, dass der neue Leiter klar Stellung bezieht, wie sich die hohen Anforderungen an die Qualität der pädagogischen Arbeit vertragen mit der chronischen Unterfinanzierung gerade des beruflichen Schulsystems. Qualitätsansprüche und permanente Mehrbelastung schließen sich aus. Der oben beschriebene Paradigmenwechsel verlangt, dass ein unabhängiges Institut auch den Mut aufbringt der Politik Wahrheiten aufzutischen. Und eine Binsenwahrheit lautet: Die Outputqualität kann nicht steigen, wenn die Inputqualität sinkt. ■

2008/09 startet der Schulversuch – 10 Standorte möglich:

BS+ – ein attraktives Angebot für leistungsstarke Schüler

MICHAEL M. BIRNER

Ende Januar kündigte Kultusminister Schneider den Schulversuch „BS+“ an, mit dem er neben der DBFH (Duale Berufsausbildung mit Fachhochschulreife) leistungsfähigen Auszubildenden im dualen System einen weiteren

Weg anbieten will, die Fachhochschulreife parallel zur Berufsausbildung zu erwerben. Mit Schreiben des Ministeriums vom 28.02.08 wurden nun erste Rahmenbedingungen für den Schulversuch genannt, der an 10 ausgewählten Berufsschulen in Bayern laufen wird.

Der VLB begrüßt diesen Schulversuch, wenn er auch die geringe Anzahl der Versuchsstandorte und die Beschränkung auf Bewerber in einer dualen Ausbildung bedauert. Es wird selbst im Schulversuch schwer zu vermitteln sein, wenn BS+ an ein und derselben Schule von Auszubildenden im dualen System genutzt werden kann, den Berufsfachschülern bei gleicher Eignung aber verwehrt bleibt.

Versuchsschulen sind in der organisatorischen Umsetzung frei

Nach den vorliegenden Rahmenbedingungen absolvieren die Auszubildenden in der BS+ beginnend mit dem ersten Lehrjahr einen freiwilligen Zusatzunterricht über drei Jahre im Umfang von wöchentlich 6 bzw. 7 Stunden. In der Summe sind 19 Jahreswochenstunden zu bewältigen. Dabei entfallen 16 Stunden auf die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik. In diesen Fächern sind nach drei Jahren auch Ergänzungsprüfungen abzulegen. 3 Jahreswochenstunden sind dem naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht zugeordnet. Der Unterricht kann im Anschluss an den regulären Berufsschulunterricht, an Abenden oder Samstagen, wöchentlich oder verblockt angeboten werden. In der organisatorischen Umsetzung sind die Versuchsschulen weitgehend frei.

Fachhochschulreife unmittelbar nach der Lehre

Schüler, die sich für BS+ bewerben möchten, müssen eine mindestens zweijährige duale Ausbildung absolvieren und im Zeugnis über den mittleren Schulabschluss einen Notendurchschnitt von mindestens 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik nachweisen. Zusammen mit dem erfolgreichen Berufsabschluss und den erfolgreich abgelegten Ergänzungsprüfungen wird den Schülern dann die Fachhochschulreife zuerkannt. Der besondere Charme von BS+ ist natürlich der hochwertige Abschluss und der Zeitgewinn von einem Jahr, aber auch die systembedingt vermiedene Vergessensquote ist bedeutsam. Denn der Unterricht knüpft bei diesem Modell ja unmittelbar am Leistungs-

stand des mittleren Schulabschlusses an und der liegt z.B. beim regulären Besuch einer BOS meist Jahre zurück.

Sicher erfordert die BS+ von leistungsfähigen Schülern hohe Lernbereitschaft und Verzicht auf Freizeit, sie bietet neben dem Zeitgewinn aber eine bundesweit anerkannte Fachhochschulreife und ermöglicht die unmittelbare Aufnahme eines Studiums an einer FH nach Abschluss der Lehre.

Berufsschule + – Charme aber auch Herausforderung

Diese Perspektiven sorgten im VLB für breite Zustimmung, wengleich auch kritische Fragen zu hören waren: Sind es nicht gerade die leistungsfähigsten Schüler, die sich auf BS+ einlassen werden und damit der etablierten BOS später fehlen? Wird man diese Schüler fair darüber informieren, dass die geforderten Ergänzungsprüfungen wohl nicht ganz das Niveau der Fachhochschulreifeprüfung an FOS oder BOS erreichen können, immerhin fehlt das 4. Fachabiturfach? Wird man die Bewerber darüber informieren, dass der Durchstieg in die 13.Klasse der BOS – so er denn überhaupt möglich ist – sicher nicht problemfrei zu bewältigen sein wird und in der Regel den Wechsel an eine BOS erfordert?

Verfügen unsere Berufsschulen derzeit über Lehrkräfte mit der entsprechenden Lehrbefähigung, über die nötige Fachraumausstattung für den naturwissenschaftlichen Unterricht, z.B. in Physik oder Chemie? Ist diesen Lehrkräften das Leistungs- und Prüfungsniveau an der FOS/BOS bekannt? Für manche Berufsschulen dürfte die BS+ zumindest kurzfristig nicht nur ein sachliches, sondern auch personelles Problem darstellen, denn die Personalplanung der vergangenen Jahre war ja nicht auf die bei BS+ gefragten Lehrbefähigungen abgestellt. Ein leergefegter Markt stellt die Schulen momentan ohnehin vor große Schwierigkeiten.

Synergien nutzen

Aber diese Probleme sind lösbar. In der Startphase geht es bei einer Klasse ja nur um ganze 6 Wochenstunden. Ab dem zweiten Jahr sind es dann möglicherwei-

se 12 und erst ab dem dritten Jahr 19 Wochenstunden für die Versuchsschule, wenn jährlich eine neue Klasse beginnt. Der Schulversuch ist zwar ausschließlich auf Berufsschulen bezogen, aber die Erfahrung von vielen Lehrkräften, die sowohl an der Berufsschule als auch an der FOS/BOS unterrichten, belegen, wie hilfreich es sein würde, wenn vorab oder parallel zum Einsatz in der BS+ Unterrichtserfahrungen an einer FOS/BOS gesammelt werden. Dies gilt vor allem dann, wenn einschlägige Unterrichtserfahrungen schon lange zurückliegen oder ganz fehlen. Dieses Erfahrungsfeld sollte nach Meinung des VLB den Berufsschullehrkräften ebenso ermöglicht werden wie auch die stundenweise Abordnung von Lehrkräften der FOS/BOS an die Berufsschule, falls wirklich einmal ein Fach nicht sofort abgedeckt werden kann. Dass sich benachbarte Berufsschulen gegenseitig unterstützen versteht sich ohnehin von selbst. Die Perspektiven unserer leistungsfähigen Jugend rechtfertigen die Nutzung möglicher Synergien unseres Schulsystems und dürfen nicht an einer fehlenden Zusammenarbeit der beruflichen Schulen oder einer unzureichenden Beratung der Schüler scheitern.

Der VLB steht mit Nachdruck hinter dem Schulversuch und unterstützt die Förderung unserer leistungsfähigen Berufsschüler über BS+ auch deshalb, weil Auszubildende anderer Bundesländer bereits vergleichbar gefördert werden. Außerdem ist anzuerkennen, dass das Ministerium mit diesem Schulversuch sowohl auf die im Vergleich magere Abiturientenquote in Bayern wie auch auf die Entwicklungen des europäischen Qualifikationsrahmens reagiert. Dem Ansehen der Berufsschule dient es allemal, wenn sie ihren leistungsfähigsten Schülern auch die Fachhochschulreife vermitteln kann. ■

Finanzministerium informiert BBB:

Eckpunkte der Dienstrechtsreform Bayern

WOLFGANG LAMBL

Nachstehende „Eckpunkte“ stellen den aktuellen Diskussionsstand im für die Dienstrechtsreform federführenden Bayerischen Staatsministerium der Finanzen dar. Dies ist auch der gegenwärtige Sachstand der Verhandlungen des BBB-Vorstandes und der BBB-Mitgliedsverbände im Zuge der vorangegangenen Hearings und mehrerer Gespräche mit den Verantwortlichen, darunter auch ein Vieraugengespräch des BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann mit Finanzminister Erwin Huber.

Es handelt sich um einen vorläufigen Zwischenstand, der in den weiteren Beratungen noch verändert werden könnte. Für die Umsetzung des Konzeptes ist ein hoher dreistelliger Millionenbetrag erforderlich, deshalb können laut Finanzministerium die Ziele nicht auf einen Schlag eingeführt werden. Wie vom BBB stets gefordert, werden alle Verbesserungen „on top“ – also ohne Gegenfinanzierung gewährt. Dies wird vom BBB ausdrücklich anerkannt.

Eckpunkt 1: Beförderungen bleiben Kernelement zur Honorierung der Leistung, deshalb muss Beförderungssituation verbessert werden

- > Es ist vorgesehen, die allgemeine Beförderungssituation durch Stellenhebungen deutlich zu verbessern. Zusätzlich werden funktionsungebundene Beförderungsgänge im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschule geschaffen.
- > Dabei sollen die Hebungen im nichtschulischen Bereich im gleichen finanziellen Umfang wie im Lehrerbereich erfolgen, was auch dem Anteil der Beamtinnen und Beamten in diesen beiden Bereichen entspricht.

Eckpunkt 2: Die flexiblen Leistungselemente werden verstärkt

- > Das Vorrücken in Stufen soll leistungsabhängig beschleunigt bzw. bei extremer Schlechtleistung aber auch angehalten werden können.
- > Die derzeitige Tabelle wird in Strukturen der bisherigen Anfangs- und Endgrundgehälter beibehalten.
- > Die Leistungselemente Prämien und Zulagen sollen bleiben – das Budget deutlich aufgestockt werden.
- > Zusammen mit dem Stufenaufstieg sollen die bisherigen Mittel der Leistungsbesoldung von derzeit 15 Millionen Euro auf ca. 60 Millionen aufgestockt werden.
- > Leistungsprämie, Zulage und Stufenaufstieg sollen an bis zu 30 % der Beschäftigten jährlich ausgeschüttet werden können.
- > Der Personalrat muss bei der Vergabe von Prämien/Zulagen/Stufenaufstieg beteiligt werden. Im BayPVG wird ein nichtförmliches Beteiligungsrecht geschaffen.
- > Der Personalrat soll vor der Vergabe erfahren: Wer – Was – Warum und auch die Möglichkeit haben, eigene Vorschläge darzulegen.
- > Grundlage für den Stufenaufstieg soll die dienstliche Beurteilung sein; diese soll deutlich vereinfacht werden.



Walter Faulhaber (rechts) und Wolfgang Lambl haben die Forderungen des VLB Wilhelm Hüllmantel (Mitte) vom Finanzministerium vorgetragen und die besondere Personal- und Belastungssituation der Lehrkräfte an beruflichen Schulen dargelegt.

Eckpunkt 3: Grundgehalt / Grundgehaltstufen

- > Die bisherige Zahl der Stufen und der 2-, 3-, 4-Jahresrhythmus bleiben unverändert.
- > Besoldungstabelle geht künftig also von A 3 bis A 16.
- > B-Besoldung bleibt unverändert.
- > Bisherige Einstiegsebenen bleiben wie bisher.
- > Familienbezogene Besoldungsbestandteile werden weiter gewährt.
- > Eine offene Frage ist, wie mit dem bisherigen Besoldungsdienstalter (BDA) verfahren wird. Hintergrund ist die Rechtsprechung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), wo „Altersmomente“ kritisch beurteilt werden. Wenn das BDA fällt, sollen Zurechnungszeiten erhalten bleiben.

Eckpunkt 5: Laufbahnrecht – nur noch eine Laufbahngruppe

- > Künftig soll es nur noch eine Laufbahngruppe geben.
- > Einstiegsebenen wie bisher nach Vorbildung und Qualifikation.
- > Das Aufsteigen in den Besoldungsgruppen soll – im Sinne einer echten Personalentwicklung – erleichtert werden. Dafür sind Fortbildungsnachweise und entsprechende Prüfungen erforderlich, jedoch ohne Prüfungen durch den Landespersonalausschuss.

Eckpunkt 8: Altersgrenzen

- > Es ist geplant, die allgemeinen und besonderen Altersgrenzen analog der

Rentenregelungen und beim Bund anzuheben (inkl. Schwerbehinderung).

- > Probleme bei Vollzugsbeamten der Polizei, der Justiz und der Feuerwehr werden gesehen und es ist angedacht, für diejenigen, die lange im Schichtdienst tätig waren, Sonderregelungen zu schaffen.
- > Diskussionen gibt es, wie die Neuregelungen im Lehrerbereich umgesetzt werden, da der Oberste Rechnungshof die derzeitige Regelung (Ruhestandsversetzung mit 64 Jahren) für nicht vertretbar hält.

Eckpunkt 9: Antragsruhestand 64. Lebensjahr

- > Die bisherige Antragsaltersgrenze soll beim 64. Lebensjahr unter Beibehaltung der derzeitigen Abschlagsregelungen (3,6 % pro Jahr bis zu maximal 10,8 %) bleiben.
- > Bei langjähriger Dienstleistung soll – analog zum Rentenbereich – eine Ruhestandsversetzung auch ohne Abschlag möglich sein.

Eckpunkt 10: Bisherige Grundsätze der Beamtenversorgung bleiben erhalten

- > Amtsbezogene und amtsprägende Zulagen bleiben ruhegehaltfähig.
- > Anrechnung einer Hochschulausbildung bleibt bei drei Jahren.
- > Die Entwicklung der Versorgungsbezüge orientiert sich weiterhin an der Besoldung für die aktiven Beamten.

Eckpunkt 11: Jährliche Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld)

- > Die Sonderzuwendung bleibt in der bisherigen Höhe und Form unter Einbeziehung der Versorgungsempfänger erhalten.
- > Derzeit ist kein Einbau in die Tabelle vorgesehen.
- > Die bisherige Befristung bis 2009 entfällt.

Der BBB und der VLB haben sich ausdrücklich vorbehalten, im weiteren Verfahren ergänzende Vorstellungen und Forderungen einzubringen.

Diskussionsstand: 06. März 2008 ■

Der „lange Atem“ des Hauptpersonalrates zahlt sich aus:

Anrechnungsstunden für die Ausbildung zur Qualifizierten Beratungslehrkraft

WOLFGANG LAMBL

Es gibt bekannterweise mehrere Möglichkeiten, die Ausbildung zur Qualifizierten Beratungslehrkraft zu absolvieren. Neben dem Erweiterungsstudium an einer Universität werden sowohl an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen (ALP) als auch auf der Ebene der Regierungsbezirke Weiterbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf die Erste Staatsprüfung als nachträgliche Erweiterung gemäß § 109 LPO I, künftig § 112 LPO I, im Fach Beratungslehrkraft durchgeführt.

Insbesondere die Klagen von Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Beruflichen Schulen über die hohe (zeitliche) Beanspruchung während des einjährigen virtuellen Vorkurses an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen (ALP) waren maßgeblich, dass der Hauptpersonalrat bereits 2006 durch Initiativanträge und Vorschläge eine grundsätzliche Verbesserung durch Anrechnungsstunden einforderte.

Mit Schreiben vom 12.03.2008, Gz. III.6 – 5 P 4156 – 6. 110 750 hat das Ministerium nun anlässlich der Neufassung von § 112 LPO I (Weiterbildung zur Beratungslehrkraft) die Vergabe von Anrechnungsstunden für die Qualifikation zur Beratungslehrkraft ab 1.1.2008 neu geregelt.

Die Regelungen im Einzelnen

Erweiterungsstudium an der Universität:

Studenten und Lehrkräfte können die Erste Staatsprüfung für die Qualifikation als Beratungslehrkraft in der Form eines Erweiterungsstudiums derzeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Universität Bamberg und der Katholischen Universität Eichstätt

ablegen. Sie bewerben sich dort um einen Studienplatz. Mit der Änderung der Hochschulgebührenverordnung vom 29.06.2007 (Bay GVBl S. 199) wurde die Ausbildung zur Beratungslehrkraft in der Form eines nachträglichen Erweiterungsstudiums von den Studiengebühren freigestellt. Der Studienumfang beträgt zwei Jahre. Für die Aufnahme und Durchführung des nachträglichen Erweiterungsstudiums an der Universität wird unabhängig von der Schulart insgesamt zwanzig bayerischen Lehrkräften pro Schuljahr je eine Anrechnungsstunde jeweils für ein Jahr gewährt. Voraussetzung ist die Antragstellung durch die Lehrkraft auf dem Dienstweg an das Staatsministerium, wo über die Anträge entschieden wird. Die Kontingentierung der Anrechnungsstunden pro Schulart erfolgt analog zum Schlüssel für die Verteilung der Ausbildungsplätze an der Akademie in Dillingen.

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen (ALP)

Die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen führt ebenfalls Weiterbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf die Erste Staatsprüfung als nachträgliche Erweiterung gemäß § 109 LPO I, künftig § 112 LPO I, im Fach Beratungslehrkraft durch.

Der zweijährige Lehrgang wird seit 2006 auf der Grundlage folgender Konzeption organisiert: Die Teilnehmer bearbeiten während eines Jahres insgesamt drei virtuelle Bausteine im Internet; daran schließen sich über das Jahr verteilt sechs Wochenlehrgänge an der Akademie an.

Anrechnungsstunden für die Weiterqualifizierung an der ALP werden wie folgt gewährt: Für den einjährigen Zeitraum des virtuellen Vorkurses wird eine Anrechnungsstunde pro Teilnehmer ge-

währt. In der Präsenzzeit ist keine Anrechnungsstunde erforderlich, da sich die Teilnehmer ohnehin nicht in der Schule befinden. Es stehen 75 Weiterbildungsplätze zur Verfügung.

Regionalkurse

Weiterbildungsmaßnahmen für die Qualifikation zur Beratungslehrkraft nach § 109 LPO I, künftig § 112 LPO I werden auch auf der Ebene der Regierungsbezirke durchgeführt. Diese Weiterbildung setzt die Konzeption der ALP im Bereich der Staatlichen Schulberatungsstellen um, mit dem Unterschied, dass die Präsenzphasen eine Kombination von Studientagen und zwei Wochenlehrgängen an der Akademie für Lehrerfortbildung darstellen.

Im Hinblick auf die zeitliche Mehrbelastung der Teilnehmer durch Fahrten in der Region sowie darauf, dass eine entsprechende Anrechnung häufig einen unterrichtsfreien Tag an der Schule ermöglicht, werden für die Teilnahme an diesen Lehrgängen zwei Anrechnungstunden für die gesamte Weiterbildungszeit von 2 Jahren gewährt.

Fazit

Es ist der Ausdauer und der Zielstrebigkeit des Hauptpersonalrates zu verdanken, dass Regelungen über die zeitliche Entlastung der Kolleginnen und Kollegen durch Anrechnungstunden für die verschiedenen Ausbildungsgänge zur Qualifizierten Beratungslehrkraft zu gewähren sind.

Positiv anzumerken bleibt die verstärkende Unterstützung durch Ministerialdirigent Dr. Peter Müller und Frau Ministerialrätin Rita Kagerer der Abteilung Berufliche Schulen.

Es gilt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen zu danken, die 2006 den Hauptpersonalrat informierten und auf eine Verbesserung hinwiesen. Ich bedauere persönlich, dass es (bisher) nicht möglich war, für die „Urheber“ die zeitliche Entlastung dem KM abzurufen. Den Beratungslehrkräften an beruflichen Schulen wünsche ich allzeit „eine gute Beratung“! ■

Mustereinspruch für häusliches Arbeitszimmer

Name, Vorname _____ Datum _____
 Straße _____
 Plz, Ort _____

An das
 zuständiges Finanzamt

Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 2007 / Nichtberücksichtigung des häuslichen Arbeitszimmers
 Steuernummer: _____

Sehr geehrte Damen und Herren,
 hiermit lege(n) ich (wir) wegen der Nichtberücksichtigung meiner (unserer) Werbungskosten für ein häusliches Arbeitszimmer fristgemäß

Einspruch

gegen den Bescheid vom _____, zugegangen am _____ ein.
 Ich bin als Lehrer/-in an der _____ (Schule) mit _____ Unterrichtsstunden/Woche beschäftigt.

Mein Dienstherr stellt mir kein Arbeitszimmer innerhalb der Schule zur Verfügung. Aus diesem Grund habe ich ein häusliches Arbeitszimmer eingerichtet. Es ist _____ qm groß. Der Unterhalt dieses Zimmers beträgt pro Jahr _____ Euro. Das Zimmer wird von mir in der Zeit von _____ bis _____ täglich ausschließlich dienstlich genutzt.

Die hierdurch entstehenden Kosten sind berufsbedingt und sollten als Werbungskosten anerkannt werden. Zu den Werbungskosten zählen sämtliche Aufwendungen, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen dienen und die durch den Beruf des Arbeitnehmers veranlasst sind.

Dementsprechend sind Einkommensteile, die zur Ausübung des Berufes und damit zur Erzielung des Einkommens notwendig und nicht verfügbar sind, vom Einkommen abzuziehen. Der Ausschluss der Abziehbarkeit von Aufwendungen für das Arbeitszimmer führt zu einer mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nicht in Einklang zu bringenden Ungleichbehandlung, da mein Arbeitgeber/Dienstherr für die im häuslichen Arbeitszimmer zwingend vorzunehmenden dienstlichen Obliegenheiten keinen entsprechend ausgestatteten Arbeitsplatz zur Verfügung stellt.

Zur Zeit sind zwei Musterklagen bei den Finanzgerichten (Az.: FG Rheinland-Pfalz 3 K 1132/07 und Hessisches FG 4 K 2732/07) anhängig. Bis zur höchstrichterlichen Klärung beantrage(n) ich (wir) gemäß § 363 AO das Ruhen des Verfahrens.

Mit freundlichen Grüßen
 Unterschrift _____

Lehrerlegen? Berufsschulen gehen völlig leer aus:

Karin Pranghofer: Staatsregierung muss Notbremse ziehen und alle 400 Referendare einstellen

Der von der CSU angekündigte angebliche Lehrerlegen im kommenden Schuljahr mit 1062 neuen Lehrern geht an den Berufsschulen völlig spurlos vorbei, stellt die berufsbildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Karin Pranghofer, fest. Sie kritisiert Kultusminister Schneider, dass die beruflichen Schulen wieder einmal leer ausgehen. Lediglich den Fachoberschulen werden 110 Lehrerstellen zugesagt.

„Dabei sind gerade die beruflichen Schulen auf mehr Lehrerinnen und Lehrer dringend angewiesen. Schon heute arbeiten die Berufsschulen mit einer Unterdeckung von acht Prozent ihres eigentlichen Bedarfs, allein um den Pflichtunterricht abdecken zu können. Das heißt: Die Berufsschulen sind am Limit ihrer Möglichkeiten und brauchen bei steigenden Schülerzahlen auch endlich mehr Lehrkräfte. Bei einem zu erwartenden Schülerzuwachs an den Berufsschulen im kommenden Schuljahr von 2800 Schülerinnen und Schülern in Bayern geht das nicht ohne zusätzliche Lehrerstellen,“ so die SPD-Abgeordnete.

Die gleiche Situation an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen: Allein 10500 Schülerinnen und Schüler in Bayern haben sich für diese Schulen angemeldet. Pranghofer: „Wenn nur die Hälfte, also rund 5000 Schülerinnen und Schüler für das kommende Schuljahr 2008/2009 tatsächlich aufgenommen werden, dann benötigt man 200 Lehrerstellen (Basis: 25 Schüler je Klasse) Mit 110 Lehrerstellen, wie vom Kultusministerium angekündigt bleiben die Schulen deshalb weiter unterversorgt. Büßen werden es die Schülerinnen und Schüler aus den M-Klassen, weil für sie zu wenig Brückenangebote und Förderangebote bereitstehen.“

Die SPD-Abgeordnete gibt außerdem zu bedenken, dass die Fachoberschulen auch in den letzten Jahren erfreulicherweise einen riesigen Ansturm von Schülern hatten, aber dafür keine einzige zusätzliche Lehrerstelle erhalten.

Karin Pranghofer fordert die Staatsregierung in einem Antrag auf die Notbremse zu ziehen und allen rund 400 Referendaren für das Lehramt an den beruf-

lichen Schulen in Bayern (einschließlich Traineeausbildungen) die jetzt ihr Studium beenden eine Übernahmegarantie zu geben und sie zum Schuljahr 2008/2009 einzustellen.

„Das Kultusministerium soll sich bloß nicht wieder herausreden, für die beruflichen Schulen gäbe es keine Lehrer,“ macht die SPD Landtagsabgeordnete unmissverständlich klar. ■

Zusammenfassung wichtiger Gerichtsurteile:

Rechtsprechung in Leitsätzen

WOLFGANG LAMBL

Rechtzeitige und eingehende Erörterung einer mitwirkungsbedürftigen Maßnahme im Mitwirkungsverfahren

Art. 72 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) verlangt die rechtzeitige und eingehende Erörterung einer beabsichtigten Maßnahme vor ihrer Durchführung mit der Personalvertretung. Ein Verstoß des Arbeitgebers gegen diese Bestimmung führt zur Unwirksamkeit der Maßnahme. Nur dann, wenn die Personalvertretung die Maßnahme gebilligt hat oder diese wegen Verstreichenlassens der Äußerungsfrist als gebilligt gilt (Art. 72 Abs. 2 Satz 1 BayPVG) oder wenn die Personalvertretung verzichtet hat, entfällt die Erörterungspflicht. Eine ordnungsgemäße Erörterung setzt regelmäßig ein Gespräch mit der Personalvertretung voraus. Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch heißt „erörtern“: „ausführlich und oft ins Einzelne gehend über einen noch nicht ge-

klärten Sachverhalt sprechen, diskutieren“ und „eingehend besprechen, diskutieren, debattieren über“. Daraus folgt, dass nach dem Sprachgebrauch „erörtern“ ein Gespräch zwischen den Beteiligten voraussetzt. Allein der Austausch gegensätzlicher schriftlicher Stellungnahmen genügt dem nicht (BAG, Urteil v. 15.8.2006 – 9 AZR 571/05)

Umfang zulässiger Einwendungen im Mitwirkungsverfahren

In einer dem Mitwirkungsrecht einer Personalvertretung unterliegenden personellen Angelegenheit können grundsätzlich Einwendungen jeder Art erhoben und damit die Entscheidung der übergeordneten Dienststelle veranlasst werden. Ein Dienststellenleiter ist nicht berechtigt, diese Einwendungen mit der Begründung als unbeachtlich zurückzuweisen, dass sie außerhalb des Kompetenzbereichs der Personalvertretung liegen. Anders als bei der Beteiligungsform der Mitbestimmung bildet den Mittel-

punkt des Mitwirkungsverfahrens die Pflicht der Dienststelle, die beabsichtigte Maßnahme mit dem Ziel der Verständigung eingehend mit der Personalvertretung zu erörtern, und das Recht der Personalvertretung, ggf. die übergeordneten Dienststellen um Entscheidung anzurufen. Die Mitwirkung ist daher lediglich ein formalisiertes Instrument, um der Personalvertretung in besonders nachdrücklicher Weise Gehör zu verschaffen, ohne ihr jedoch - im Gegensatz zur Mitbestimmung - eine rechtlich festgelegte Einflussnahme auf Maßnahmen der Dienststelle zu ermöglichen. Führen Einwendungen des Personalrats daher lediglich dazu, dass die Dienststelle sie zur Kenntnis zu nehmen und auf Verlangen mit ihm zu erörtern hat, ist auch nicht zu besorgen, dass der Personalrat in Fällen der Kündigung in der Probezeit wegen mangelnder Bewährung unbefugt in den allein dem Dienstherrn vorbehaltenen Bereich der Eignungsbeurteilung „eindringt“, weil sie mangels Zustimmungspflichtigkeit der Kündigung auf die dem Kündigungsentschluss der Dienststelle zu Grunde liegende Wertung, ob der Arbeitnehmer sich bewährt hat, letztlich keinen maßgeblichen rechtlichen Einfluss hat und daher Entscheidungsrechte des Arbeitgebers nicht beschnitten werden. Die Dienststelle bedarf daher keines Schutzes durch das Recht, der Anlass geben müsste, entsprechende Einwendungen der Personalvertretung gar als rechtsmissbräuchlich und daher unbeachtlich anzusehen (VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 24.7.2007 – PL 15 S 388/05)

Mitbestimmungsrecht bei technischen Kontrolleinrichtungen

Technische Einrichtungen im Sinne des § 75 Abs. 3 Nr. 17 BPersVG unterliegen nach der objektiv-finalen Betrachtungsweise der Mitbestimmung des Personalrats, wenn ihre Konstruktion oder konkrete Verwendungsweise eine Überwachung von Verhalten oder Leistung der Beschäftigten ermöglicht.

Der Mitbestimmungstatbestand erstreckt sich daher auch auf solche technischen Einrichtungen, die zur Überwachung lediglich objektiv geeignet sind, ohne dass der Dienststellenleiter bei ih-

rer Einführung und Anwendung subjektiv die Absicht hat, sie zu diesem Zweck einzusetzen. Ein Mitbestimmungsrecht nach § 75 Abs. 3 Nr. 17 ist nicht gegeben, wenn die Befürchtung einer Überwachung objektiv und erkennbar unbegründet ist. Das ist der Fall, wenn die technische Einrichtung nach ihrer Konstruktion überhaupt nicht zur Überwachung geeignet ist oder es zur Überwachung einer technischen Änderung der Anlage bedarf. Letzteres gilt bei Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung auch dann, wenn sich der Dienstherr ein entsprechendes Programm nur mit außergewöhnlichem und unverhältnismäßigem Aufwand beschaffen muss (BVerwG v. 26.9.2006 – 6 PB 10.06).

Mitbestimmungsrecht bei der Anweisung zur Überprüfung elektronischer Geräte

Die Anweisung eines Dienststellenleiters an die Schulhausmeister, die in der jeweiligen Schule vorhandenen elektrischen Geräte nach der maßgeblichen Unfallverhütungsvorschrift zu überprüfen, unterliegt nach § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 7 LPVG Nordrhein-Westfalen der Mitbestimmung des Personalrats (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 9.6.2006 – 1 A 1492/05.PVL).

Keine Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf den Personalratsvorsitzenden

Der Personalrat kann nicht vorab seinen Vorsitzenden bevollmächtigen, je nach dem Ergebnis einer Beratung durch einen Rechtsanwalt, diesem ein Mandat zu erteilen und mit der Einleitung eines gerichtlichen Beschlussverfahrens zu beauftragen, ohne sich vorher nochmals über das Beratungsergebnis informieren zu lassen und nochmals endgültig abzustimmen. (VG Ansbach, Beschluss v. 21.8.2007 – AN 8 P 07.00905)

Stellenbesetzung: Vorläufiger Rechtsschutz gegen die Vergabe eines höherwertigen Dienstpostens

Das anlässlich einer Stellenausschreibung festgelegte Anforderungsprofil eines nach den Grundsätzen der „Bestenauslese“ zu besetzenden Dienstpostens bleibt für den

Dienstherrn bei der Auswahl der Bewerber verbindlich. Es ist ihm nicht gestattet, während des laufenden Besetzungsverfahrens die Anforderungen durch die Aufnahme zusätzlicher Kriterien zu verschärfen; hierfür ist gegebenenfalls ein Abbruch des Verfahrens und eine neue Stellenausschreibung erforderlich. (VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 13.6.2007 – 3 CE 07.807)

Zuordnung staatlicher Lehrkräfte an private Schulträger. Abgrenzung von Zuweisung und Beurlaubung unter Belassung der Dienstbezüge

Wird dem Schulträger einer privaten Förderschule eine im Dienst des Freistaats Bayern stehende Beamtin als staatliche Lehrkraft unter Fortgewährung der Leistungen des Dienstherrn gemäß Art. 33 Abs. 2, Art. 31 Abs. 2 Sätze 2 bis 9 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes zugeordnet, so handelt es sich um einen Fall der beamtenrechtlichen Zuweisung nach § 123 a Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 BRRG und nicht um den Fall einer Beurlaubung unter Belassung der Leistungen des Dienstherrn entsprechend der Regelung des Sonderurlaubs gemäß § 18 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 der Bayerischen Urlaubsverordnung.

Der Landesgesetzgeber kann keine „Beurlaubung“ regeln, die – unter Ausschluss der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge – alle wesentlichen Elemente einer „Zuweisung“ nach § 123 a Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 BRRG enthält.

Erleidet eine Beamtin in Ausübung ihres Dienstes als zugeordnete Lehrkraft einen Unfall, so ist ihr beamtenrechtlicher Unfallfürsorge nach §§ 30 ff. BeamtenVG zu gewähren.

(VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 10.4.2007 – 3 B 02.3062)

Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und kommunalen Arbeitgebern:

Tarifmarathon mit gutem Ende

WOLFGANG LAMBL

Am Vormittag des 31. März 2008 einigten sich dbb tarifunion, ver.di, Bund und Kommunen auf einen Kompromiss. In der Summe erhalten die Beschäftigten bis zu 8,7 Prozent mehr Einkommen. Das Volumen stimmt also. Die lineare Steigerung ist erheblich.

Zusammen mit dem Sockelbetrag wird strukturell etwas für alle Beschäftigten getan. Die Einmalzahlung ergänzt die Einkommenserhöhung spürbar. Der Kompromiss hat Komponenten und Differenzierungen. So ist die Analyse nicht leicht. Doch hat die Bundestarifkommission der dbb tarifunion dem Ergebnis nach intensiver Diskussion mit großer Mehrheit zugestimmt. Das Ergebnis im Telegrammstil:

Entgelt (außer KR-Bereich)

Entgelterhöhung ab 1. Januar 2008 beim Bund und VKA-West (im VKA-Bereich Ost ab 1. April 2008):

- > vorab 50 Euro tabellenwirksamer Sockelbetrag
- > dazu 3,1 Prozent lineare Erhöhung

Entgelterhöhung ab 1. Januar 2009:

- > 2,8 Prozent lineare Erhöhung
- > 25 Euro Einmalzahlung

Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Im Bereich des Bundes wird die Ostangleichung ab Entgeltgruppe 10 vorzeitig zum 1. April 2008 vollzogen. Die volle Ostangleichung für die Entgeltgruppen 1 bis 9 erfolgte bereits zum 1. Januar 2008.

Arbeitszeit

Die Arbeitszeit beträgt zukünftig bei Bund und VKA-West einheitlich 39 Wochenstunden. Im Tarifgebiet Ost der VKA bleibt es bei 40 Wochenstunden. Im Bereich der kommunalen Krankenhäuser (West) bleibt die Arbeitszeit bei 38,5 Wochenstunden.

Bewertung des Tarifabschlusses

Während der vorherigen fünf Verhandlungsrunden in Potsdam und auch der zweiwöchigen Schlichtung hat es nicht nur an finanziellem Volumen gefehlt. Es hat auch an gutem Willen der Arbeitgeber gefehlt. Es hat dort lange die Bereitschaft gefehlt, Notwendigkeiten anzuerkennen, die Nöte der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ernst zu nehmen.

Richtig ist, dass die Warnstreiks im Februar und März und die gemeinsame Streikbereitschaft von dbb und ver.di im Falle eines möglichen Scheiterns viel zum letztendlichen Erfolg beigetragen haben. Dieser „Last-Minute-Abschluss“ wurde

möglich durch eine gute Mischung aus Kampfbereitschaft, Ausdauer in den Verhandlungen und auch Ideenreichtum bei der Suche nach einer möglichst einheitlichen Lösung für einen vielfältigen Öffentlichen Dienst.

Nachdem es lange nach einem puren Tauziehen aussah, gibt es nun ein Ergebnis, dem Beschäftigte und Bürger ansehen können: Beide Seiten wollten einen Kompromiss. Beide Seiten sehen den Erfolg im Kompromiss, nicht im Konflikt. Den hat auch die Arbeitszeitfrage nicht verhindern können. Es gibt eine moderate Erhöhung der Arbeitszeit in einigen Ländern. ■

VLB fordert eine stärkere Berücksichtigung der Berufsschulen und FOS/BOS:

„Bei den Berufliche Schulen muss mehr ankommen!“

Pressemitteilung des VLB

Der Vorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) Wolfgang Lambl unterstützt die von der CSU beschlossenen und angekündigten Maßnahmen der Staatsregierung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zum Abbau der großen Klassen.

„Sie bieten erste Ansätze zur Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen an den bayerischen Schulen, so äußerte sich der Vorsitzende des VLB zu den Ankündigungen von Ministerpräsident Beckstein, den Staatsministern Huber

und Schneider sowie von Staatssekretär Sibler und Bildungsausschussvorsitzendem Prof. Waschler am Mittwoch.

Als „noch nicht ausreichend“ bewertet der VLB-Vorstand allerdings die Berücksichtigung der beruflichen Schulen. „Für die Berufsschulen und FOS/BOS muss noch nachgelegt werden,“ so die Forderung des VLB.

Den beruflichen Schulen fehlen immer die 2004 zur „G8-Anschubfinanzierung“ abgezogenen 1,2 Millionen Euro, welche insbesondere für die Gewinnung von nebenberuflichen Lehrkräften unabdingbar ist.

Lehrerversorgung nicht mehr gesichert:

Wir brauchen die besten Lehrkräfte an den beruflichen Schulen

HEIKO POHLMANN

„Bis zum September 2007 haben die bayerischen Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen 52.584 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das sind stolze 9,8 Prozent – oder 4.675 Ausbildungsverträge – mehr als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. ... Bemerkenswert ist, dass auch im Handwerk die Vertragsabschlüsse genau in der gleichen Größenordnung gewachsen sind.“ So steht es in einem Schreiben des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) vom 31. September 2007 an den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein.

Tätigkeiten der Lehrer an beruflichen Schulen gewürdigt

In dem Schreiben werden endlich einmal die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen erkannt und gewürdigt, indem anerkannt wird, dass

- > die Berufsschulen in den letzten 10 Jahren durch die Einführung von 55 neuen bzw. grundlegend überarbeiteten Ausbildungsberufen in hohem Maße gefordert wurden,
- > die Lehrkräfte sich in den modernen und hoch komplexen Ausbildungsberufen mit fachlichen Inhalten und Anforderungen auseinandersetzen mussten,
- > sie sich auch mit neuen Unterrichtsmethoden vertraut machen mussten, die die Handlungs- und Methodenkompetenz des Berufsnachwuchses wirksam fördert und
- > die Berufsschulen im Rahmen der Umsetzung der Hauptschulinitiative im Bereich der Berufsorientierung zusätzliche Aufgaben übernehmen mussten.

Engpässe bei Lehrkräften an beruflichen Schulen

Die Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind wegen dieser auch vom BIHK aner-

kannten Leistungen schon fast bis an die Grenzen ihrer Belastung beansprucht, so dass es ihnen fast unmöglich ist, weitere Zusatzangebote zu übernehmen.

So wäre es auch aus der Sicht der Lehrkräfte an beruflichen Schulen sicher wichtig,

- > differenzierte Unterrichtsangebote – wie zum Beispiel Plusprogramme – anzubieten,
- > den Unterricht noch flexibler zu gestalten, da die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler sowohl von ihrer Vorbildung als auch von ihrem Alter her sehr heterogen ist.

Zudem mussten sie den in dem Schreiben genannten Zuwachs der Schüler von ca. 10 % verkraften und damit größere Klassen bilden oder neue aufmachen. Dies gilt aber nur für die Berufsschulen im dualen Ausbildungssystem.

Zusätzlich hat sich an den Fach- und Berufsoberschulen ein Zuwachs der Schüler um ca. 25 % ergeben und dies schon seit mehreren Jahren. Auch hier müssen oder mussten neue Klassen gebildet oder die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen erhöht werden.

Aus Altersgründen verlassen in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen den Schuldienst, ein Ersatz steht aber nicht im genügenden Umfang zur Verfügung. Diese Engpässe werden oder zeigen sich schon jetzt besonders deutlich in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik. Schaut man sich die Anzahl der Studierenden in diesen beiden Fachrichtungen an der Technischen Universität München und den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth an, so ist festzustellen, dass damit über Jahre hinaus nicht einmal der Ersatzbedarf gedeckt werden kann. In vielen anderen beruflichen Fachrichtungen ergibt sich ein ähnlicher, allerdings nicht so gravierender Bedarf.

An dieser Stelle sei noch einmal aus dem Schreiben des BIHK zitiert. „Sehr

geehrter Herr Ministerpräsident ... Wir sehen akuten Handlungsbedarf im Hinblick auf die finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen. Die Sicherung der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit des Berufsschulwesens verdient oberste Priorität, damit unser dualer Partner Berufsschule weiterhin seinen Beitrag zur TOP-Qualität in der beruflichen Bildung erbringen kann. Die Reform der allgemein bildenden Schulen darf nicht zu Lasten der Berufsschulen gehen.“

Was ist zu tun?

In den anderen Bundesländern zeigt sich die gleiche Problematik wie in Bayern. Die Anzahl der Studierenden für das Lehramt an beruflichen Schulen reicht besonders in den technischen Fächern nicht aus, um den anstehenden Bedarf zu decken. Selbst in den Ingenieur-Studiengängen ist die Zahl der Studierenden zu gering, um den Fachkräftemangel zu decken. Aus diesem Grunde befürchtet die deutsche Wirtschaft ein Abflauen der Konjunktur.

Geändertes Lehrerbildungsgesetz

Das Lehrerbildungsgesetz wurde auf Initiative des VLB so geändert, dass nun das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen in allen beruflichen Fachrichtungen mit dem „Master“ abgeschlossen wird. Bayern ist damit in diesem Lehramt der europäischen Entwicklung gefolgt, nach der bis zum Jahre 2011 alle Studiengänge in ganz Europa auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt werden sollen. Der VLB erhofft sich dadurch ein besonderen Anreiz, dass viele Studienanfänger diesen Studiengang zu wählen.

Bekanntmachung des Lehramtes in der Öffentlichkeit

Dazu hat der VLB eine Broschüre mit dem Titel „Lehramt an beruflichen Schulen“ aufgelegt, in der der Werdegang und die Einsatzmöglichkeiten in übersichtlicher und klar verständlicher Form dargestellt werden. Neben Informationen über die „Zulassung zum Studium“ und das „Studium an einer Universität oder Technischen Hochschule“ werden die Schularten des beruflichen Schulwesens

vorgelegt, in denen man mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen unterrichten kann.

Zusammenfassend ergibt sich daraus, dass die Lehrer mit der Lehrbefähigung „Lehramt an beruflichen Schulen“ ihren Unterricht in den beruflichen Fächern fast ausschließlich in der Sekundarstufe II erteilen. In ihren Zweifächern unterrichten sie an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen und führen ihre Schüler damit zum Abitur. Diesen Weg wählen inzwischen 43% aller Schüler in Bayern. Dieser Erfolg und Weg kann aber nur dann aufrecht erhalten werden, wenn genügend Lehrer mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen zur Verfügung stehen.

Bernd Siebler, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat mit Schreiben vom 25.02.2008 an die Staatlichen Studien-seminare für das Lehramt an beruflichen Schulen mitgeteilt, dass das Staatsministerium alle Bemühungen unterstütze, um Bewerber für diesen Studiengang zu gewinnen. Dazu träte man regelmäßig an die Absolventen der Fach- und Berufsoberschulen heran und werbe dort intensiv für die Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen. Dabei werde auf die spezielle Situation in den sogenannten Mangelfächern ebenso hingewiesen wie auf die Kontaktdaten der Studienberatungen an den Universitäten. Ferner wolle man diese Informationen zukünftig auch über die Gymnasien streuen, um einen noch breiteren Abiturientenkreis zu erreichen.

Im Rahmen der Dienstrechtsreform werde auch über eine Erhöhung der Anwärterbezüge während des zweijährigen Vorbereitungsdienstes nachgedacht. Danach bewerbe sich die Mehrzahl der Referendare um eine Einstellung als Lehrkraft, da die Einkommensverhältnisse (Laufbahn des höheren Dienstes) und ein sicherer Arbeitsplatz wichtige Argumente seien, die für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst sprächen.

Sondermaßnahmen

In den vergangenen Jahren hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Sondermaßnahmen zur Sicherung des Lehrernachwuchses an beruf-

Neue VLB-Broschüre: übersichtliche Information über das Lehramt an beruflichen Schulen.

Lehramt an beruflichen Schulen

- Werdegang eines Lehrers mit dem Lehramt an beruflichen Schulen
- Einsatzmöglichkeiten in den verschiedenen beruflichen Schulen
- Forderungen des VLB an das Studium



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

lichen Schulen aufgelegt, um Externen den Einstieg in den Schuldienst an beruflichen Schulen zu ermöglichen:

- > Universitätsabsolventen mit Diplom in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau wurden und werden Traineeprogramme angeboten. Sie sollen in den Berufsschulen in den Fächern Metalltechnik sowie Elektro- und Informationstechnik eingesetzt werden.
- > Diplomphysiker und Diplommathematiker mit Nebenfach Physik oder Informatik konnten oder können als Universitätsabsolventen den Weg in den Schuldienst an Berufsoberschulen oder Fachoberschulen einschlagen.
- > Realschullehrer mit den Fächerverbindungen Deutsch und Englisch, die sich gegenwärtig im einjährigen Vorbereitungsdienst befinden, sollen dazu beitragen, den Lehrkräftemangel an den Fach- und Berufsoberschulen zu lindern.

Alle Sondermaßnahmen durchlaufen zunächst in einem zweijährigen Vorbereitungsdienst als Angestellte (Entgeltgruppe 13 TV-L) ein Traineeprogramm, in dem sie in den Studienseminaren und an den Schulen pädagogisch intensiv eingearbeitet werden. Die Regierungen oder Ministerialbeauftragten stellen am Schluss der Ausbildung fest, ob sie geeignet sind.

Danach sollen sie – eine entsprechende Eignung vorausgesetzt – in die Beamtenlaufbahn des höheren Dienstes übernommen werden.

Auch in diesem Jahr werden wieder Absolventen der oben genannten Fachrichtungen eingestellt. Bevorzugt werden dabei Bewerber, die ihre Diplomprüfung mit der Note „gut“ oder besser bestanden haben und bei Beginn der Sondermaßnahme das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Weitere Informationen dazu unter: www.stmuk.bayern.de/km/stellen/quer-einstieg/

Arbeitstagung für Lehrkräfte an Fach- und Berufsoberschulen:

Berufliche Oberschule – ein Premiumweg zur Hochschulreife?

HANS PREISSEL

Die jährliche FOS/BOS-Arbeitstagung hat sich als Informations- und Kommunikationsplattform für Bildungspolitiker und Schulpraktiker etabliert. Die positive Resonanz der beiden ersten Tagungen hat den VLB veranlasst, auch in diesem Jahr ein landesweites Treffen anzubieten, das sich mit den Fragen der Fach- und Berufsoberschulen beschäftigt. Bei der ersten Veranstaltung schlug die Geburtsstunde der Beruflichen Oberschule. Sie wurde von Staatsminister Siegfried Schneider aus der Taufe gehoben. Im vorigen Jahr standen die Alltagsprobleme einer sich höchst dynamisch entwickelnden Schulart auf dem Programm. In diesem Jahr lag der Focus wieder auf der Politik. Mit dem Tagungsmotto „Berufliche Oberschule – ein Premiumweg zur Hochschulreife“ sollte an den politischen Rahmenbedingungen gearbeitet werden, damit der Schultyp nicht nur quantitativ ein Erfolgsmodell wird.

Die Berufliche Oberschule im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern

Wolfgang Lambl, der geschäftsführende Landesvorsitzende begrüßte die Teilnehmer der Fachtagung in der Turnhalle der Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule Bayreuth. Er formulierte die Zielvorgaben der Verbandsveranstaltung. „Wir wollen Konzepte diskutieren, Fragen aufgreifen sowie Vorschläge und Lösungsansätze erarbeiten.“ Die Arbeitstagung sollte die Berufliche Oberschule (die FOS und BOS) als „Nobelmarke“ des beruflichen Bildungssystems präsentieren und als Premiumweg zur Hochschule bei den Schülern, den Eltern, den Lehrkräften, der Politik, den Hochschulen und der Wirtschaft verankern. Deshalb war ihm die Freude darüber anzumerken, dass er so zahlreiche hochkarätige Vertreter dieser Bereiche begrüßen konnte. Er ließ Vertreter der Schüler

und Eltern, der Universität Bayreuth und der Hochschule Hof, der Stadt Bayreuth, des Kultusministeriums, der Schulaufsicht, der Studienseminare, des ISB und der Schulberatungsstelle willkommen. Sein besonderer Gruß galt den zahlreich erschienenen Lehrerinnen und Lehrern, den Schulleitern der bayerischen FOS/BOS und Vertretern der Real- und Wirtschaftsschulen.

Der Leiter der gastgebenden Fach-/Berufsoberschule Bayreuth Klaus Vietze kennt auch die Schattenseiten, die ein attraktiver Bildungsweg beschert. Der regelrechte Schüleransturm lässt die Räumlichkeiten knapp und die Klassenzimmer sind zu klein werden, Lehrer werden gesucht wie die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen. Da war es gut, dass auch ein Vertreter des Sachaufwandsträgers zugegen war. Heinrich Dumproff, der Fraktionsvorsitzende der Bayreuther Gemeinschaft, konnte davon berichten, dass der Spatenstich für einen Erweiterungsbau bevorstehe. „Wir wollen langfristig die Deckung des Schulraumbedarfs gewährleisten“, sicherte er zu.

Am Ende der Bildungskette sieht der Präsident der Universität Bayreuth Professor Dr. Dr. Helmut Ruppert seine Institution. Die Fachoberschulen sieht er in einer Scharnierfunktion. Er informierte darüber, dass die Universität in immer mehr Studiengängen sog. Eignungsfeststellungen durchführt. In einem sog. Motivationsschreiben soll der Studienbewerber eine hinreichende Begründung seines persönlichen Interesses an einem Studiengang darlegen. Die Umstellung auf das neue BA/MA-Studiensystem straffe die Ausbildung und mache sie kompetenzorientierter. Ein Resultat dieser Veränderungen sei die Verringerung der Durchfallquote.

Der Vizepräsident Hochschule Hof, Prof. Dr. Thomas Meuche hob die praxisnahe und berufsorientierte Ausbildung seiner Einrichtung hervor. Die engen ständigen Kontakt mit der Wirt-



Der Staatssekretär im Kultusministerium Bernd Sibler sieht in der Beruflichen Oberschule einen attraktiven Weg zur Hochschulreife.

schaft garantiere. Deshalb sei die „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ hervorragend geeignet für Absolventen der Berufs- und Fachoberschulen. Er lobte besonders das Angebot „Hochschule dual“. Bei diesem Modell können Berufsausbildung und Studium innerhalb von 4,5 Jahren absolviert werden. Meuche lobte die exzellente Zusammenarbeit mit der Berufsschule. Obwohl die Anforderungen dieses Modells extrem hoch seien, „gehören die, die sich einlassen zu den Besten“, sagte der FH-Vize. Entscheidend für den Erfolg sei die Motivation.

Bernd Sibler: „Ich bin ein Fan der beruflichen Bildung“

Bei der Wahl des Themas für sein Impulsreferat blieb der Staatssekretär im Kultusministerium Bernd Sibler etwas bescheidener als die Veranstalter mit ihrem Tagungsmotto. Er begnügte sich mit: „Die berufliche Oberschule – ein attraktiver Weg zur Hochschulreife“. Eingangs bekannte er sich – nicht zum ersten Mal – als Fan der beruflichen Bildung. Dass er seine Fan-Rolle ernst nimmt, beweist diese Anekdote: Bernd Sibler ist auch bekennender F.C.-Bayern-Fan. Unser Ex-Vorsitzender und Exil-Chinese Hans Käfler hat einen parlamentarischen Abend ausgerechnet an einem Champions-League-Spieltag terminiert. Da ließ es sich das damalige



Unter den zahlreichen Besuchern der Fachtagung befanden sich Schüler- und Elternvertreter, Repräsentanten der Universität Bayreuth und der Hochschule Hof, der Stadt Bayreuth, des Kultusministeriums, der Schulaufsicht, der Studienseminare, des ISB und der Schulberatungsstelle.

Mitglied des Bildungsausschusses nicht nehmen, dezent unauffällig ins Nebenzimmer zu schleichen, um die versammelte Runde mit aktuellen Spielständen zu versorgen. Wir können also auf den Staatssekretär zählen, wenn für den Verband Entscheidendes auf dem Spiel steht. Natürlich hat sein Faible für das berufliche Schulwesen Gründe. Einige lassen sich in nackten Zahlen ausdrücken: 25 Prozent der mittleren Schulabschlüsse werden an einer beruflichen Schule erworben und 43 Prozent der Hochschulzugangsberechtigten kommen aus einer beruflichen Schule. Trotzdem sind erhebliche Anstrengungen nötig, um den künftigen Bedarf an Akademikern decken zu können. Vor allem bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern droht ein dramatischer Engpass. Institute prognostizieren, dass im Jahr 2014 fast eine halbe Million Akademiker fehlen könnten.

Die Berufliche Oberschule erschließt Bildungsreserven

Diese Herausforderung möchte die bayerische Bildungspolitik auch mit der Beruflichen Oberschule meistern. Sie soll mithilfe vorhandene Bildungsreserven erschließen. Dazu hält es Sibler für notwendig das Bewusstsein der Bürger für den Stellenwert der Bildung zu schärfen. Ein zweites Vorhaben sei es, die Durchlässigkeit im bayerischen Bil-

dungswesen zu erhöhen. Für die Realisierung des Wunsches, dass jeder Schulabschluss die Option eröffnen soll, an den nächsthöheren Bildungsgang Anschluss zu finden, bleibt noch einiges zu tun. Aus diesem Grund soll das Förderangebot an den Schnittstellen ausgebaut werden. Als Meilenstein betrachtet Sibler die durch die FOS 13 geschaffene Möglichkeit bis zur Universität durchzustarten. Er sagte auch zu dieses Angebot flächendeckend auszubauen. Diese FOS 13 können Schülerinnen und Schüler besuchen, die im Fachhochschulreifezeugnis einen Notendurchschnitt von mindestens 2,8 erreicht haben. Mit dieser Notenhürde bleibt den Fachhochschulen die FOS als Hauptzubringerschule erhalten. Sie sichert zudem den hohen Standard des Abiturs und hält gleichzeitig ein ausreichend großes Schülerpotenzial bereit, um ein flächendeckendes Angebot zu gewährleisten.

Die Einführung der Beruflichen Oberschule zählt der Staatssekretär neben der Hauptschulinitiative und dem G8 zu den zentralen Schwerpunkten der bayerischen Bildungspolitik. Das Gelingen dieser Initiative ist ihm deshalb ein besonderes Anliegen. Deshalb hält er es für notwendig, die Chancen der Beruflichen Oberschule in der Öffentlichkeit offensiv kommunizieren – am besten schon sehr frühzeitig bei den Grundschullehrern.

Daneben wies Sibler auch auf die Bildungsgänge hin, die die Berufliche Oberschule ergänzen sollen. Zu ihnen gehört das neue Programm „Berufsschule plus“, das für besonders leistungsfähige Auszubildende ein doppelqualifizierendes Angebot schafft. Der schon länger existierende Bildungsgang „Duale Berufsausbildung und Fachhochschulreife“ (DBFH) verzahnt zwei Bildungsgänge ineinander, die sonst aufeinander folgen, und wird in enger Kooperation mit den beteiligten Ausbildungsbetrieben angeboten. Dieses Angebot existiert bis jetzt an 14 Standorten mit zehn Ausbildungsberufen.

Die Rahmenbedingungen sind nicht optimal

Deutlich klang in Sblers Worten durch, dass die Politik mittlerweile wahrnimmt, was Lehrkräften zugemutet wird. Er räumte ein, dass „Sie Ihre Arbeit unter nicht immer optimalen Rahmenbedingungen leisten.“ Deshalb zeigte er auch Verständnis dafür, dass der VLB die „Kritik und die Sorgen der Mitglieder artikuliert und Verbesserungen fordert.“ Anlass gab er auch zu der Hoffnung, dass die Politik solche Verbesserungen umsetzt: „So weit es in unserer Macht steht – und soweit es eine verantwortungsvolle Haushaltsführung zulässt –, werden wir versuchen, diese Anliegen aufzugreifen.“

Wohlthuend anerkennende Worte fand Sibler für das, was Lehrkräfte in ih-



Die Podiumsteilnehmer formulierten Forderungen, damit die Berufliche Oberschule wirklich zum „Premiumweg“ wird.

rer Alltagsarbeit vollbringen. „Es ist in höchstem Maße beeindruckend, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, an Ihren Schulen leisten.“

Als vorbildlich bezeichnete er auch die Zusammenarbeit mit dem VLB. Die intensive Kooperation zwischen Kultusministerium und Verband habe sich bei der Einführung der Beruflichen Oberschule hervorragend bewährt. Sie habe sich aber auch als schlagkräftiges Bündnis erwiesen, als es darum ging, den BAföG-Anspruch der BOS-Schüler zu erhalten.

An das Impulsreferat schloss sich ein Podiumsgespräch an, bei dem unter der gewohnt souveränen Moderation von Michael Birner Schüler- Eltern- und Verbandsvertreter, Ministerialbeauftragter und Staatssekretär zum Thema „Fachoberschule und Berufsoberschule – Bedingungen, Chancen, Forderungen“. ihre Positionen austauschten.

Der SMV-Vertreter Gerald Rieß kritisierte, dass im Unterricht oft veraltete Bücher Verwendung fänden. Die Höhe des BAföG-Satzes sei zu gering bemessen, „um Essen, Miete und eine Jacke im Winter zu bezahlen“. Ein Nebenjob gehe zu Lasten der Konzentration auf den Unterricht.

Die Berufliche Oberschule darf nicht zur Sparvariante des Abiturs verkommen

Die Vorsitzende der Landeselternvereinigung Jutta Kloth beklagte, dass die im Unterricht verwendeten Bücher nur ei-

nen Teil des Lehrstoffes abdeckten. Unter Anspielung auf die unterschiedlichen mittleren Schulabschlüsse beanstandete sie, dass nicht alle Schüler gleiche Chancen hätten. Auch sie ist der Meinung, dass der BAföG-Satz die Eltern zur finanziellen Unterstützung zwingt.

Hans Dietrich, der VLB-Referent für FOS/BOS befürchtet durch die Einführung der FOS 13 einen nicht unerheblichen Bildungstourismus. Er plädiert deshalb dafür eine BAföG-verträgliche Lösung zu finden, die es ermöglicht FOS- und BOS-Schüler gemeinsam zu unterrichten. Er verlangte die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu reduzieren. So gebe es beispielsweise für die Seminarphase keinerlei Stundendeputate. Propädeutik, Beratung und Betreuung geschähen zum Nulltarif. Er warnte davor, an der Beruflichen Oberschule die Sparvariante eines Abiturs anzubieten.

Der Ministerialbeauftragte für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen in Nordbayern, Hansjörg Bosch sieht im Zusammenhang mit der Einführung der FOS 13 das Problem die Ziele Flächendeckung und Personalversorgung unter einen Hut zu bringen.

Der Geschäftsführende Landesvorsitzende Wolfgang Lambl forderte gezielt den Staatssekretär auf: „Den Worten müssen Taten folgen!“ Die in der Beruflichen Oberschule zusammengefassten Schularten seien die dynamischsten im bayerischen Bildungswesen. Neben der Aufgabe junge Menschen zum Abitur zu

führen, erfüllten sie zusätzlich eine weitere wichtige gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten eines kriselnden Lehrstellenmarkts sei vom Ausbildungsmarkt ein erheblicher Druck genommen worden. Diese kompensatorische Funktion hat die Ressourcen-Situation an den Fachoberschulen erheblich verschärft. Die Lehrerversorgung sei völlig unzureichend. Die Schulen müssten zudem mit dem gleichen Verwaltungspersonal auskommen wie vor 10 Jahren, obwohl sich die Schülerzahlen seitdem verdoppelt hätten. Weil das Gehalt der Referendare ein Hohn ist, forderte er eine Verdoppelung der Anwärterbezüge. Die Beförderungssituation bezeichnete er angesichts der Wartezeiten als unanständig. Hier sieht Bernd Sibler Licht am Ende des Tunnels. „Die Verkürzung der Wiederbesetzungssperre verkürzt auch die Wartezeiten.“

Premiumweg – ein Weg mit Herausforderungscharakter

Auf der Fachtagung wurde mit Superlativen nicht gespart, um die Berufliche Oberschule ins rechte Licht zu rücken. Von Nobelmarken, Leuchttürmen und Edelsteinen war die Rede. Natürlich darf man stolz sein, dass ein beruflicher Bildungsweg fast 44 Prozent der Hochschulzugangsberechtigten hervorbringt. Nur darf nicht vergessen werden, dass dieser Weg mit Entbehrungen verbunden ist, und zwar mit Entbehrungen für Lernende und Lehrende. Wenn das Ver-

anstaltungsmotto von einem Premiumweg spricht, so ist darunter sicher keine bequeme vierspurige Autobahn mit Flüsterbelag gemeint. Zutreffender erscheint da schon die Definition des Deutschen Wanderinstituts. Diese Organisation vergibt tatsächlich ein Gütesiegel für „Premiumwege“. Und man reibt sich überrascht die Augen. Das kann doch nur eine Metapher für die Berufliche Oberschule sein:

„Abwechslungsreichtum macht die Qualität eines Premiumweges aus. Der Weg soll vielfältig kurvig geschwungen verlaufen und überbreite Passagen vermeiden. Eindrucksvolle Hohlwege, solitäre Felsformationen, undurchdringliches Feldgehölz und tiefe Gewässer bieten hohen Herausforderungscharakter.“

Priorität von Brückenangeboten

Am Nachmittag hatten die Teilnehmer die Möglichkeit eines der vielfältigen Arbeitskreisangebote wahrzunehmen. Im Arbeitskreis „Der VLB im Gespräch mit dem Staatsministerium“ stellte sich wiederum MR Liebl bereitwillig den Fragen der Gäste. Er unterstrich die Attraktivität der Schulart Fachoberschule, die trotz günstiger Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt steigende Schülerzahlen zu verzeichnen hat. Damit sei erneut bewiesen, dass die Fachoberschule nicht als Restschule gelte, sondern auch bei guter wirtschaftlicher Lage enormen Zulauf erfahre. Herr Liebl wies auch auf den Erhalt des BAföG für Berufsoberschüler hin, an dem der VLB mit seinen Aktionen entscheidenden Anteil hatte. Mit kritischen Fragen zu den nun in der Schulordnung festgeschriebenen Angeboten des Vorkurses für zukünftige Fachoberschüler und den Brückenkursen in Jgst. 11 konfrontiert, erklärte der Ministeriumsvertreter, sie sollten von Lehrkräften der Fachoberschule unterrichtet werden, da nur sie das spätere Anforderungsniveau kennen. Unerlässlich sei allerdings eine vorausgehende Beratung, um nur den für den Besuch der Fachoberschule geeigneten Bewerberkreis zu bedienen. Die Einrichtung dieser Vorbereitungskurse hatte zunächst Priorität gegenüber einer Stundendotierung der Seminarphase, die jedoch bald wieder aufgegriffen werde.



Rahmenprogramm: Rollende Rhythmen für reife Rocker.

Für die Problematik der in Jgst. 13 getrennten Klassen für Fachoberschüler und Berufsoberschüler ist noch keine Lösung in Sicht. Sie kann nur dadurch erfolgen, dass kombinierte FOS/BOS-Klassen der Jgst. 13 durch Befreiung von BAföG-relevanten Regelungen eingerichtet werden können. Eine Notenhürde von 2,8 zum Aufstieg von FOS 12 nach FOS 13 wird erneut damit begründet, dass Fachoberschüler im Gegensatz zu Gymnasiasten keine vertiefte Allgemeinbildung besitzen und im Gegensatz zu Berufsoberschülern keine Berufsausbildung durchlaufen haben. Ihr Qualifizierungsnachweis zum Erwerb des Abiturs muss also in besonders guten Leistungen in der Oberstufe liegen.

Bei Maßnahmen im Personalbereich blieb die unbefriedigende Ausstattung mit Verwaltungsangestellten nicht unerwähnt, die sich allerdings bereits etamäßig abgesichert entschärfen soll. Um den Lehrerbedarf zu decken, erinnert MR Liebl erneut an die Möglichkeit, sich vorab mit den gymnasialen Seminaren in Verbindung zu setzen, um dort über Einsatzmöglichkeiten im Bereich Fachoberschulen und Berufsoberschulen zu informieren. Die Sondermaßnahmen zur Qualifizierung von Lehrkräften insbesondere im sprachlichen und naturwissenschaftlichen Bereich werden im Schuljahr 2008/09 fortgeführt. Zum Modellversuch Berufsschule plus wurde mitgeteilt, dass zwar die Berechtigung zum Eintritt in Jgst. 13 der Be-

rufsoberschule formal gegeben ist, dem zielstrebigen Schüler, der einen Zugang zur Universität anstrebt, jedoch geraten werden soll, von Anfang an den Weg über die Berufsoberschule zu gehen, so Liebl. Er verweist auf die Neuregelungen der zum Schuljahr 2008/09 in Kraft tretenden Änderungen in der Schulordnung für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen, die u.a. einen personell reduzierten Prüfungsausschuss sowie den Wegfall der Wiederholung des Seminars bei erneuten Durchlaufen der Jgst. 13 vorsehen. Die zum neuen Schuljahr eintretenden Änderungen der Stundentafeln zielen auf eine Abschaffung einstündiger Fächer und damit eine höhere Ausstattung mit Unterrichtsstunden in einer Jahrgangsstufe, die auch projektorientierter Unterrichtsarbeit mehr Raum gibt. Abschließend konnte MR Liebl verkünden, dass die Budgetlücke im laufenden Schuljahr auf 5,3 % gesunken sei, im wissenschaftlichen Unterricht beträgt sie nur mehr 4,6 %.

Den beiden Schwerpunktthemen „Qualitätsmanagement“ und „Brückenangebote werden sich in der Mai-Ausgabe eigene Beiträge widmen. ■

Ausbildungsanrechnungsverordnung für Wirtschaftsschüler:

Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung

Auszug

(3) Der Besuch einer zweistufigen Wirtschaftsschule wird im Umfang von einem Jahr auf die Ausbildungszeit in anerkannten Ausbildungsberufen der gewerblichen Wirtschaft, Fachrichtung Wirtschaft, angerechnet.

(4) Der Besuch einer dreistufigen oder vierstufigen Wirtschaftsschule wird im Umfang von einem halben Jahr auf die Ausbildungszeit in anerkannten Ausbildungsberufen der gewerblichen Wirtschaft, Fachrichtung Wirtschaft, angerechnet.

teilweisen Verzicht des Auszubildenden auf die Verkürzung.

Ab 1. August 2009 tritt § 7 Abs. 2 BBiG in Kraft und gleichzeitig § 7 Abs. 1 BBiG außer Kraft, d.h. es ist generell ein gemeinsamer Antrag der Auszubildenden und Auszubildenden Voraussetzung für eine Anrechnung beruf-

licher Vorbildung auf die Ausbildungszeit im dualen System. Ab 1. August 2009 kann ein gemeinsamer Antrag gestellt werden; eine Pflicht hierzu besteht nicht. Der Antrag nur des Auszubildenden oder nur des Ausbilders reicht für eine Anrechnung nach § 7 Abs. 2 BBiG nicht aus. ■

Berufsschulen bekommen mehr Selbstverantwortung:

Mittel für nicht besetzte Planstellen sollen bei der Schule verbleiben

BERNHARD ZELLER

Demnach gilt die Ausbildungsverkürzung in allen von der IHK zu prüfenden Ausbildungsberufen. Damit erfolgte im Vergleich zur bisherigen Regelung weder eine Ausweitung noch eine Einschränkung des Umfangs hinsichtlich der erfassten Berufsfelder und Ausbildungsberufe. In neu geordneten Berufen werden Wirtschaftsschüler verbindlich in die 10. Jahrgangsstufe der Berufsschule eingeschult. Eine Verkürzung erfolgt so zum Ende der Ausbildung. Sie gilt allerdings nicht für Ausbildungen wie Steuer-, Rechtsanwaltsgehilfe, Arzthelferin. Dort wird eine Verkürzung abhängig vom Ergebnis der Zwischenprüfung gemacht (Steuerberaterkammer: Verkürzung um ½ Jahr bei einem Schnitt von mindestens 2,5). Bezüglich der Zuordnung der Ausbildungsberufe zur Fachrichtung gewerbliche Wirtschaft verweist ein Schreiben von Dr. Jutta Scherg (KM) an die Direktorenvereinigung Bayerischer Wirtschaftsschulen (DBW) auf die Anlage zur ehemaligen Berufsfachschul-Anrechnungs-Verordnung des Bundes.

Die IHK für Augsburg und Schwaben akzeptiert auch einen Verzicht oder

WOLFGANG LAMBL

„Wenn schon nicht ausreichend Bewerber sich auf die ausgeschriebenen Planstellen bewerben, sollen die Berufsschulen zumindest über die dadurch frei werdenden Haushaltsmittel für die Einstellung von geeignetem Lehrpersonal, z.B. nebenberufliche Lehrkräfte eigenverantwortlich verfügen,“ so die Kommentierung des Vorsitzenden Wolfgang Lambl zur Pressemitteilung der CSU-Abgeordneten MdL Ingrid Heckner.

Berufsschulen, die für freie Planstellen kurzfristig kein Personal finden, sollen künftig mit den frei werdenden Mitteln selbst für Ersatz sorgen dürfen beispielsweise durch die Einstellung nebenberuflicher Lehrkräfte. Ein entsprechender Antrag hat in den zuständigen Ausschüssen des Bayerischen Landtags Zustimmung gefunden. Eingbracht hatte den Antrag die Landtagsabgeordnete Ingrid Heckner, die dadurch Flexibilität und schulische Selbstverantwortung stärken möchte. „Angesichts des Lehrkräftemangels in manchen Fächern müssen wir den Berufsschulen die Möglichkeit geben, selbst kreativ zu werden bei der Suche nach geeignetem Personal.

Deshalb haben wir mit dem Antrag die Staatsregierung aufgefordert, den Schulen zusätzliche Freiräume zu geben. Es sollen keine Ressourcen verloren gehen“, so Heckner.

Der Antragstext im Wortlaut: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Berufsschulen mehr personelle Selbstverantwortung zu übertragen und zu gestatten, dass freie und besetzbare Planstellen, für die kurzfristig kein Personal gewonnen werden kann, in Abstimmung mit der Regierung an der jeweiligen Schule verbleiben und deren Kapazität anderweitig, z.B. für die Einstellung nebenberuflicher Lehrkräfte, verwendet wird.“

Mit dem Antrag hat MdL Ingrid Heckner sichergestellt, dass die Mittel für nicht besetzte Planstellen bei der Schule verbleiben, womit ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Selbstverantwortung der beruflichen Schulen auf den Weg gebracht wurde. „Jetzt müssen sich die Schulen nur noch auf die Suche machen und geeignetes Personal gewinnen! Die Tarifbedingungen des TV-L und des TVöD sind hierbei alles andere als hilfreich,“ befürchtet Wolfgang Lambl. ■

Bildungssysteme in der erweiterten EU:

Das Bildungssystem von Lettland

DIETMAR LEISCHNER

Lettland als eigenständiger Staat besteht seit 1918. Die volle Souveränität erhielt das Land erst wieder 1991; und seit dieser Zeit wurden große Veränderungen im Bildungswesen vorgenommen. Die lettische Allgemeine Bildung umfasst zwölf Schuljahre – organisiert in privaten und staatlichen Schulen

Der Elementarbereich (Kindergarten und Vorschule)

Der Elementarbereich dient der Schulvorbereitung. Der Besuch ist nicht mehr obligatorisch. Die Vorschule umfasst vier Jahre (3. bis 7. Lebensjahr); im Lehrplan sind 15 Fächer vorgegeben.

Die Schulpflicht

Nach dem Kindergarten/der Vorschule besteht für alle Schüler ab dem 7. Lebensjahr eine neunjährige Schulpflicht. Sie dauert bis zum erfolgreichen Abschluss der Basisschule oder bis zum Erreichen des Alters von 15 Jahren.

Primarbereich und Sekundarbereich I

Durch die Basisschule (Einheitsschule) ohne äußere Differenzierung sind diese beiden Bereiche eng verzahnt. Die Klassen 1 bis 4 der Primarschule legen die Grundlagen; die Klassen 5 bis 9 bilden die „untere Sekundarstufe“ der neunjährigen Basisschule. Der erfolgreiche Abschluss der Basisschule (Basisschulzertifikat) berechtigt zum Besuch der Schulen des Sekundarbereichs II.

Sekundarbereich II (videja izglitiba)

In der „oberen Sekundarstufe“ können die Schüler fünf verschiedene Bildungswege wählen. In der Regel ist es ein dreijähriger Bildungsgang (Gymnasium, Mittelschule, Technikum oder Kolleg, Berufsschule) und ein Berufliches Gymnasium (vierjährig). Die Gymnasien bieten in vier unterschiedlichen Schwerpunkten (allgemeines Profil ohne Fächerschwerpunkt, naturwissenschaftlicher Schwer-

punkt, geisteswissenschaftlicher Schwerpunkt und berufsfeldbezogener Schwerpunkt) allgemeine und schwerpunktbezogene Pflichtfächer – im Grundkursniveau und Leistungskursniveau – an. Am Ende der drei Schuljahre werden zentral einheitliche Prüfungen durchgeführt. Der Abschluss ist die Hochschulreife; sie berechtigt zum Studium an Universitäten und Hochschulen.

In Allgemeinbildenden Sekundarschulen (Mittelschulen) können die Schüler ihr Bildungsprofil mitgestalten, d.h., dass neben dem Pflichtbereich zahlreiche Profilbildungen möglich sind. Der erfolgreiche Abschluss (Zertifikat der Allgemeinbildenden Sekundar-

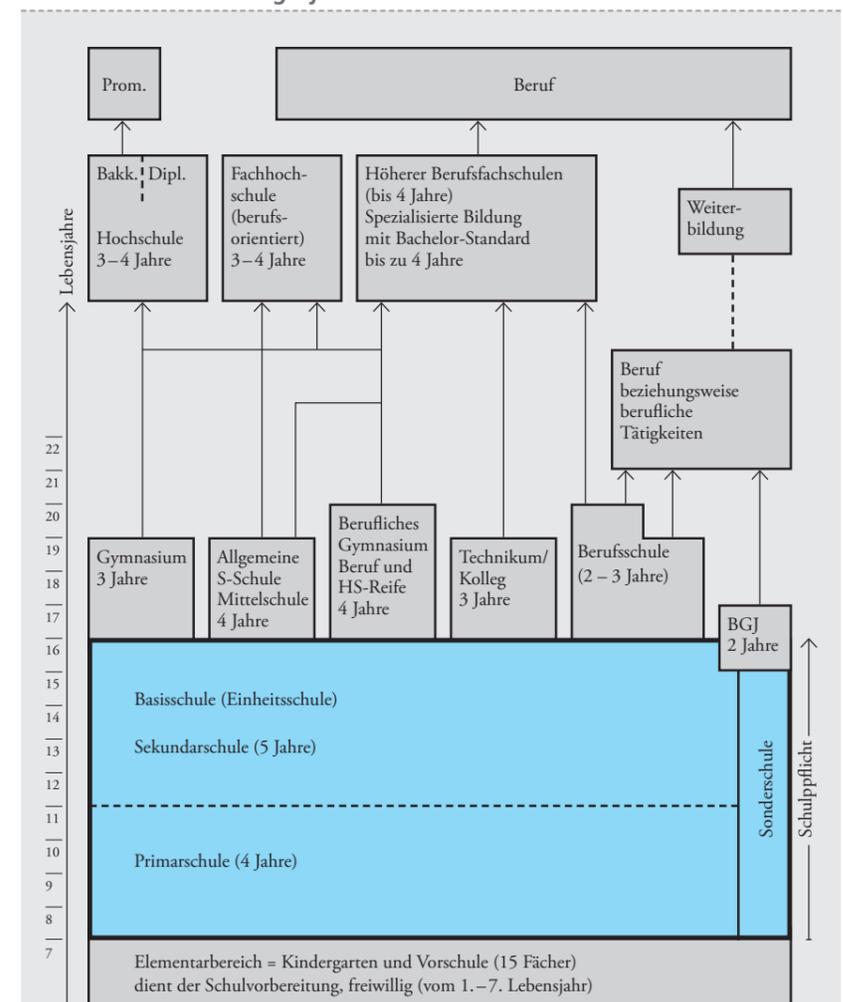
schule) berechtigt zum Studium an einer Hochschule oder an einer "Höheren Berufsfachschule"

Die Berufliche Bildung

Berufliche Grundbildung: In einigen Basisschulen werden Berufsbildungsprogramme angeboten. Jugendliche von Sonderschulen und Schüler ohne „offiziellen“ Abschluss der Basisschule können in zweijährige Lehrprogramme aufgenommen werden und eine berufliche Grundbildung erwerben. Zusätzlich werden allgemein bildende Unterrichtsfächer angeboten, um den Basisschulabschluss nachzuholen.

Berufsschule: Die berufliche Ausbildung erfolgt ausschließlich in der Berufsschule. Der Pflichtbereich besteht aus praktischem Training, berufsbezogener Ausbildung und Allgemeinbildung. Theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten für die entsprechenden Berufe werden in zwei bis drei Jahren vermittelt. Der erfolgreiche Abschluss ermöglicht die Berufsausübung und den Zugang zur weiterführenden berufsbildenden Schule (Höhere Berufsfachschule) mit dem Ziel, eine Studienberechtigung für die Hochschule zu erreichen.

Die Struktur des Bildungssystems von Lettland



Technikum oder Kolleg: In dieser Schulart werden sowohl praktische Fertigkeiten und Wissen in einem bestimmten (speziellen) Beruf als auch Organisation und Management vermittelt. Die dreijährige Schule endet mit einem qualifizierten Abschluss eines Spezialberufes auf mittlerer Personalebene.

Berufliches Gymnasium: Neben einem Beruf erlernen die Schüler den gesamten Unterrichtsstoff der „allgemeinen Sekundarbildung“. Mit dem erfolgreichen Schulabschluss nach vier Jahren erwerben die Absolventen auch die Studienberechtigung an den Hochschulen (= Doppelqualifikation mit Hochschulreife und staatl. anerkanntem Beruf).

Höhere Berufsfachschulen (Spezialisierte Sekundarbildung): Die Höheren Berufsfachschulen vertiefen die berufliche Bildung, insbesondere werden die Studierenden für spezialisierte Berufe mit Bachelor-Standards ausgebildet. Die Ausbildung dauert bis zu vier Jahre und wird dem Tertiärbereich zugeordnet.

Hochschulbereich

Ein Hochschulstudium können alle Absolventen der Gymnasien, der Mittelschulen und der Beruflichen Gymnasien aufnehmen. Im Hochschulbereich unterscheidet man zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

An den Universitäten gliedert sich das Studium i. d. R. in zwei Stufen:

- > Bachelor-Diplom (1. Stufe)
- > Magister-Diplom (2. Stufe), anschließend ist nach 3 – 4 Jahren eine Promotion möglich

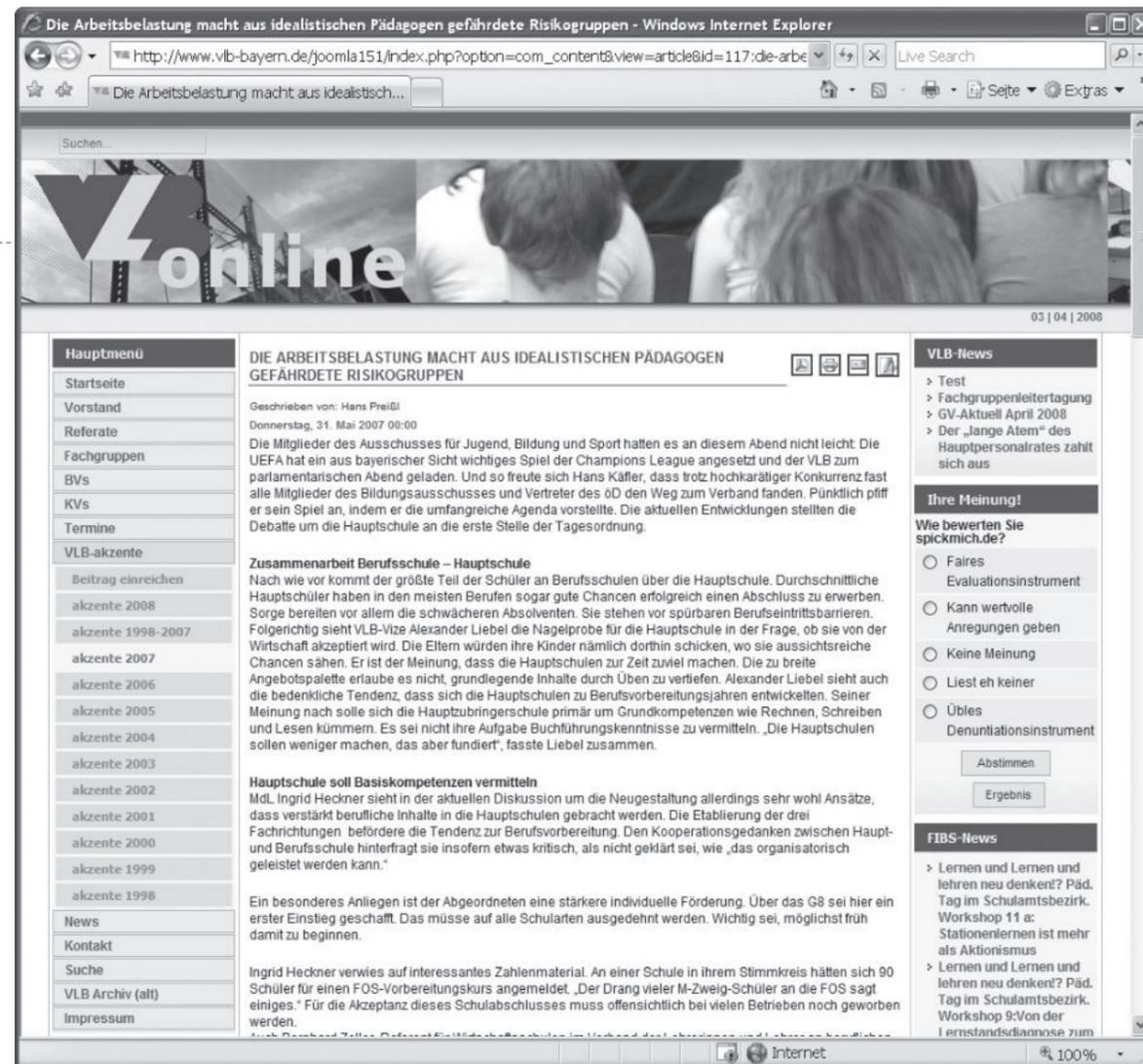
Eine „nicht-universitäre“ Hochschulbildung erfolgt an den Fachhochschulen, die beruflich orientierte Studien anbieten und angewandte Forschung betreiben. Nach 4 Jahren wird das Studium mit dem Bakkalaureat oder einem Diplom abgeschlossen. Sie sind zum Teil mit einem Universitätsstudium vergleichbar.

Ein Sonderfall sind die Abschlüsse von „Höheren Fachschulen“ mit einem hohen Niveau.

Weiterbildung

Der Weiterbildungsbereich (Erwachsenenbildung) befindet sich noch in den Anfängen, wird aber kontinuierlich aufgebaut.

Adressen: Botschaft der Republik Letland, Reinerzstraße 40/41, 14193 Berlin, Tel. (030) 82 60 02 22, Fax (030) 82 60 02 33
Letland Institut, Smilsu iela 1/3, Riga, LV 1050, Letland Tel. (+371) 750-3663, Fax (+371) 750-3669



Mit neuer Technik an den Start:

Angebot VLB-online wird wesentlich erweitert

JOHANNES MÜNCH

Wie bei allen Neuen Medien unterliegt auch VLB-online der immensen Dynamik und Entwicklungsgeschwindigkeit dieses Bereichs. So war die Internet-Präsenz des VLB in die Jahre gekommen und bedurfte einer technischen Erneuerung.

Diese gestiegenen Ansprüche der VLB-Mitglieder und Besucher erfüllt die neue Informations- und Kommunikationsplattform des VLB mit einem datenbankgestützten Content-Management-System (CMS).

Der VLB als Community

Im Gegensatz zu eindimensionalen Internet-Angeboten, bei denen alle Besu-

cher gleichermaßen auf das gesamte Informationsangebot zugreifen können, bietet die neue Website des VLB registrierten Benutzer (VLB-Mitgliedern) ein differenziertes Spektrum an Mehrwertdiensten. Neben einem Mehr an verbandinterner Informationen wie beispielsweise

- > der neuen Online-Ausgabe von VLB-akzente mit verbesserten Recherchemöglichkeiten (ab Jahrgang 1998),
- > der bayernweiten VLB-Terminübersicht,
- > einem erweiterten Formularservice,
- > Berichten aus Vorstand, Referaten und Fachgruppenarbeit,
- > neuen Fotogalerien,
- > verschiedensten Downloadangeboten

(VLB-akzente als PDF-Heft, VLB-Telegramme, kostenlose Software),

- > wird mit Newsfeeds anderer Institutionen (FIBS, Lehrerfreund) und
- > adressatenspezifischen Linksammlungen auch der Schulterschluss innerhalb des Internets mit anderen am Berufsschulleben Beteiligten wesentlich intensiviert.

Ihre Meinung ist uns wichtig

Die neue Präsenz bietet künftig ideale Möglichkeiten für den Informationsaustausch und die Meinungsbildung zwischen VLB-Aktiven und VLB-Mitgliedern. So können registrierte Benutzer nicht nur eigene Beiträge für VLB-online und VLB-akzente online verfassen. Vielmehr wird auch die Meinungsbildung innerhalb des VLB durch Online-Umfragen zu aktuellen Themen künftig vermehrt verbandspolitisch steuern. Darüber hinaus ist auch die Kommunikation innerhalb des VLBs mit einem

formulargestützten Emailsyst. künftig wesentlich einfacher.

Ein neues Diskussionsforum und ein Mitglieder-Chat sind in Entwicklung.

Ist VLB-online aktuell?

Doch trotz der Möglichkeiten dieser neuen Technik, steht und fällt die Qualität eines Internet-Angebots letztlich mit der Aktualität der Inhalte. Deshalb hier der ausdrückliche Appell an alle Aktiven und Mitglieder:

Schreiben auch Sie Online-Beiträge direkt in VLB-online und melden Sie Ihre Termine aus den Bezirks- und Kreisverbänden möglichst lückenlos und kontinuierlich der Geschäftsstelle zur Eintragung. Nur so erreichen wir gemeinsam mehr Aktualität und damit auch Qualität in VLB-online.

Probleme melden Sie bitte per E-Mail an support@vlb-bayern.de.

Anmelden

Benutzername:

Passwort:

Angemeldet bleiben

Anmelden

[Passwort vergessen?](#)
[Benutzernamen vergessen?](#)
[Registrieren](#)

REGISTRIERUNG

Name:

Benutzername:

E-Mail:

Passwort:

Passwort bestätigen:

Felder die mit einem (*) markiert sind, werden unbedingt benötigt.

Registrieren

So registrieren Sie sich

Rufen Sie das neue VLB-online unter www.vlb-bayern.de auf.

1. Klicken Sie unten links auf die Schaltfläche „Registrieren“.
2. Tragen Sie im Formular Ihren vollständigen Namen ein.
3. Tragen Sie im Formular Ihren künftigen Benutzernamen ein (frei wählbar).
4. Tragen Sie im Formular Ihre E-Mail-Adresse ein.
5. Tragen Sie im Formular Ihr individuelles Passwort übereinstimmend in beiden Formularfeldern ein.
6. Klicken Sie dann auf die Schaltfläche „Registrieren“. Ihr Konto wird unmittelbar nach Ihrer Registrierung freigeschaltet.
7. Melden Sie sich mit Ihrem Benutzernamen und Passwort beim internen Bereich von VLB-online ein.



Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Wahlen 2008 haben die politische Landschaft verändert, dies trifft in Bayern auch für die Kommunalwahlen zu, die zum Teil regelrecht sensationelle Ergebnisse brachten. Die politischen Parteien werden darauf reagieren! Deshalb ist es gerade jetzt besonders wichtig, sich im Vorfeld der Landtagswahl mit Mandatsträgern und Kandidaten inhaltlich auseinander zu setzen. Dies ist eine Herausforderung für uns alle!

Mit der Politik vor Ort im Gespräch

Nutzen Sie als Bezirks-/Kreisverband die Chancen des Wahlkampfes für den Landtag im Herbst dieses Jahres. Laden Sie Politikerinnen und Politiker zu Diskussionsrunden ein, um ihnen die Bedeutung des beruflichen Schulwesens vertraut zu machen. Allein zwei Zahlen sprechen Bände: Rund 60 % aller Jungendlichen eines Jahrganges besuchen berufliche Schulen und rund 43 % aller Studentinnen und Studenten haben ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer beruflichen Schule erworben. Leider finden diese beeindruckenden Fakten in der bildungspolitischen Diskussion nicht ihren adäquaten Niederschlag. Grund dafür ist unter anderem die Tatsache, dass die Mehrzahl der politischen Entscheidungsträger nicht die berufliche Bildung durchlaufen haben. Dieses Manko müssen wir durch konsequente und immer wiederkehrende „Aufklärungsarbeit“ versuchen auszugleichen.

Der GV hat für die Kreis- und Bezirksvorstände Unterlagen erarbeitet mit organisatorischen und inhaltlichen Unterstützungsangeboten. Was wir jetzt nicht der Politik „rüberbringen“ können, werden wir auf Jahre hinaus nicht schaffen. Jede einzelne Kollegin und jeder einzelne Kollege kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung der beruflichen Schulen in den Köpfen der Politiker zu verankern!

Veränderter Zeitplan Dienstrechtsreform

Es war stets unsere Forderung, von der Staatsregierung vor der Landtagswahl 2008 über die Eckpunkte der Dienstrechtsreform informiert zu werden. Dies ist inzwischen geschehen. Ein weiterer zentraler Punkt war, dass alle Verbesserungen „on top“ gewährt werden, auch das ist zugesagt. Wir anerkennen das ausdrücklich an!

Folgender Zeitplan ist vorgesehen:

- > 08. April 2008 „1. Runde“ im Kabinett
- > Anhörung des Bayerischen Beamtenbundes in der Zeit vom 09. April 2008 bis 02. Mai 2008
- > 05. Juni 2008 Regierungserklärung Finanzminister Huber zu den Eckpunkten
- > 26. Juni 2008 Finanzminister Huber beim BBB-Hauptausschuss
- > Nach der Landtagswahl 2008 Beginn des Gesetzgebungsverfahrens
- > Inkrafttreten frühestens am 01. Januar 2010 (eventuell auch erst am 01. Januar 2011).

Wir werden Sie laufend und umfassend informiere.

Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes im November 2008

Es ist dem Geschäftsführenden Vorstand seit jeher ein wichtiges Anliegen, anstehende personelle Entscheidungen mit den Mitglieder frühzeitig und in großer Offenheit zu diskutieren.

Deshalb haben sich – im Hinblick auf die VLB-Neuwahlen im November 2008 – die derzeitigen Mitglieder des GV bei der letzten Sitzung des Hauptvorstandes am 29. Februar / 01. März 2008 in Feuchtwangen geäußert, ob sie wieder kandidieren wollen. Nicht mehr kandidieren werden (in alphabetischer Reihenfolge): Michael Birner, Dr. Angelika Rehm und Gertrud Schneider

Zur Wahl werden sich stellen:

- > Wolfgang Lambl als stellv. Landesvorsitzender

- > Alexander Liebel als stellv. Landesvorsitzender
- > Jürgen Wunderlich als Landesvorsitzender

Die frühen Absichtserklärungen der zurzeit amtierenden Vorstandsmitglieder ermöglichen in Kreis- und Bezirksverbänden ohne jeden Zeitdruck eine ausführliche Personaldiskussion.

„Die Jungen kommen“

Sie wissen, es ist mir ein besonders Anliegen, die Kolleginnen und Kollegen, die nach dem Referendariat an einer unserer beruflichen Schule neu begonnen haben, stärker in den Verband und die Verbandsarbeit zu integrieren (beachten Sie bitte auch den ausführlichen Bericht auf Seite 37). Deshalb bitte ich Sie, unsere erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, informieren Sie bitte diese Gruppe, dass wir im VLB ab sofort ein besonders Angebot machen können, das auf die speziellen Bedürfnisse unserer „Jungen“ zugeschnitten ist. Am besten ist es, sich direkt an Jürgen Krotter zu wenden (j.krotter@bs3.schulen.regensburg.de), er wird sich unmittelbar um ihre Wünsche und Anfragen kümmern.

Faxvorlage zur Meldung von Änderungen der persönlichen Daten

Wir haben unseren Service für Sie wieder ein Stückchen verbessert. Um Ihnen die Meldung der Änderung von persönlichen Daten an die VLB-Geschäftsstelle zu erleichtern, haben wir der aktuellen akzente-Ausgabe nebenstehende Faxvorlage abgedruckt. Bitte kopieren, zu ihren Verbandsunterlagen legen und bei Bedarf verwenden. Im Übrigen sind wir stets bemüht, für Sie den Service zu verbessern. Für Anregungen sind wir immer dankbar. Wenden Sie sich bitte direkt an Herrn Kohn oder Frau Götzke (Tel. 0 89/59 52 70; goetzke@vlb-bayern.de oder kohn@vlb-bayern.de)

In diesem Sinne alles Gute und ein herzliches Dankeschön für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

Ihr

Alexander Liebel

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

Änderungsmeldung

Telefax 089 / 550 44 43

An den
Verband der Lehrer an beruflichen Schulen
in Bayern (VLB) e.V.
Dachauer Strasse 4, 80335 München

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail-Adresse: _____

Sehr geehrte Damen und Herren der Geschäftsstelle,
meine **Mitgliedsdaten / Bankdaten / Schuldaten** haben sich wie folgt geändert:

Daten bisher: _____

Daten neu: _____

Mein **Status** hat sich geändert:

Vollzeit seit/ab: _____

Teilzeit seit/ab: _____

Erziehungsurlaub seit/ab/bis: _____

Altersteilzeit seit/ab/bis: _____

Ruhestand seit/ab: _____

Befördert zum _____ seit/ab: _____

Sonstiges: _____

Ich bitte Sie, die Änderung meiner Mitgliedsdaten in die Datenverwaltung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Bezirks und Kreisverbände

BV Oberfranken

Treffen der Kontaktkollegen

Beim letzten Treffen der oberfränkischen VLB-Kontaktkolleginnen und -kollegen im Landwirthaus Frankenfarm in Himmelkron berichtete die stellvertretende Landes- und Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm den zahlreich erschienenen Verbandsmitgliedern über Aktuelles aus der Verbandsarbeit. In ungezwungener Atmosphäre war insbesondere aber auch dem informellen Gesprächsaustausch viel Platz gelassen worden, um sich über Belastungen und Problembereiche in den einzelnen Schulen Oberfrankens intensiver austauschen zu können. Die stellvertretende Landesvorsitzende wies gleich zu Beginn ihrer Ausführungen auf die zentrale Bedeutung und Unverzichtbarkeit der Kontaktkolleginnen und -kollegen als Ansprechpartner und Bindeglied zu den jeweiligen Lehrerkollegien vor Ort hin.

Hohe Arbeitsbelastung verschleißt Lehrer

Im Hinblick auf das wichtige Thema der Lehrerbelastung und Lehrerarbeitszeit sind die Anwesenden nach wie vor stark empört, dass die Lehrkräfte in den letzten Jahren zwei Stunden Unterrichtserhöhung verkaufen mussten und zudem noch in vielen Klassen eingesetzt sind, deren Stärken 34 Schülerinnen und Schüler übersteigen. Hier betonten die Anwesenden, dass die Belastungen der Lehrkräfte durch zusätzliche Projekte, Wettbewerbe, Tage der offenen Tür, Fortbildungen, Arbeiten bei der Schulentwicklung, Schulevaluationen, Vertretungen und ständig anfallenden Verwaltungstätigkeiten neben dem eigentlichen Kerngeschäft des eigenen Unterrichts so zugekommen haben, dass die Lehrergesundheit deutlich darunter leidet und die Erledigung sämtlicher Aufgaben nicht mehr zu bewältigen ist.

Die Gesellschaft sieht das ja bedauerlicherweise ganz anders und bekannte Politikerpersönlichkeiten aus der Bun-



Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm bei ihren Ausführungen zur aktuellen Verbandspolitik.

despolitik sind ja vor einiger Zeit mit der Bezeichnung „faule Säcke“ in den Wahlkampf gegangen! Hier will das Kultusministerium mit einer längst überfälligen Imagekampagne für Lehrkräfte gegensteuern, um die Gesellschaft den hohen Beitrag der Lehrkräfte zur Bildung zukünftig wieder mehr wertschätzen zu lassen. Helfen kann dabei des Weiteren auf längere Sicht auch das Aufzeigen von attraktiveren Berufsperspektiven für den Lehrernachwuchs sowie die Schaffung von verbesserten Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in den Schulen.

Um insbesondere dem Problem des Unterrichtsausfalls entgegensteuern zu können, fordert der VLB eine mobile Lehrerreserve. Da dies an den beruflichen Schulen auf Grund der facettenreichen Fachrichtungen nur sehr schwer zu verwirklichen sein wird, wäre in diesem Fall die so genannte „integrierte Lehrerversorgung“ ein äußerst brauchbarer Ansatz. Dies würde bedeuten, dass jede Schule am Jahresanfang mit einer gewissen Überkapazität von Lehrkräften planen darf. Damit kann die Schule dann bei notwendigen Vertretungen schnell reagieren. Hier darf angemerkt werden, dass auch der plötzlich notwendig wer-

dende Wegfall von Teilungen in Klassen als Unterrichtsausfall anzusehen ist. Die Politik kann hierzu derzeit beruhigt nicken, da dieses Thema mit dem nächsten Thema des hierfür in Frage kommenden Lehrernachwuchses zusammenhängt.

Dramatischer Lehrermangel

In einigen Berufsfeldern ist der Engpass an Lehrkräften besonders schwerwiegend: Bei den Metalltechnikern, Elektro- und Informationstechnikern herrscht mittlerweile akuter Personalnotstand. Die Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen in der freien Wirtschaft sind einfach attraktiver als der Staatsdienst! Zum anderen sind die Anwärterbezüge zu niedrig: „Die Maurerlehrlinge im dritten Lehrjahr lachen sich tot, wenn sie erfahren, was der Referendar verdient, der sie unterrichtet!“ konstatierte Dr. Angelika Rehm.

Seiteneinsteiger können Lehrertücke nicht schließen

Der Verband ist ein eindeutiger Verfechter des grundständigen Studiums. Aber wie soll den personellen Engpässen an den beruflichen Schulen entgegengesteuert werden, wenn der grundständig studierte Lehrernachwuchs fehlt? Hier muss es Aufgabe des VLB sein, dafür Sorge zu tragen, dass die „Seiten- und Quereinsteiger“ mit dem nötigen pädagogischen Rüstzeug mindestens in Form eines zweijährigen Referendariats ihren Dienst antreten können und nicht schon vorher etwa durch Trainees auf die Schüler losgelassen werden. Da der Erfolg unseres beruflichen Bildungswesens vor allem von der Qualität seiner Lehrkräfte abhängt, wünscht sich die stellvertretende Landesvorsitzende kämpferisch: „Wir müssen die Besten rekrutieren.“

Referendarsvergütung

Neben der Forderung nach Anpassung der Referendarsbezüge, die wahrscheinlich nur über Zulagen möglich sein wird, da ja alle Referendare des öffentlichen Dienstes, also z.B. auch Juristen, auf Landesebene einheitlich besoldet werden, müssen gerade auch im Verwaltungsbereich mehr Mittel für Verwaltungspersonal bereitgestellt werden um Schulleiter und Lehrkräfte von der anfallenden

Verwaltungsarbeit entlasten zu können. Denn die Veränderungen im Bildungsbereich haben gerade im Verwaltungsbereich die Aufgaben qualitativ wie quantitativ stark ansteigen lassen. Es kann also festgestellt werden, dass die Themen Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, Lehrerversorgung, Neuausbildung von grundständig studierten Lehrkräften, Sondermaßnahmen für Seiten- und Quereinsteiger und Referendarsbezüge inhaltlich so stark miteinander verwoben sind, dass sie nur in einem Gesamtzusammenhang interpretiert und diskutiert werden können.

Anpassung der Dienstbezüge

Für die Thematik der nachhaltigen Anpassung der Dienstbezüge hat der VLB ein Eckpunktepapier erarbeitet. So sollen die Beamten Anspruch auf eine angemessene Versorgung sowie eine regelmäßige Anpassung ihrer Bezüge haben und nicht nur nach der aktuellen Haushalts- und Kassenlage bezahlt werden! Im Hinblick auf die Bezüge soll eine Orientierung an die in der freien Wirtschaft üblichen Gehälter vorgenommen werden. Auch ein lebenslanges Beamtenverhältnis kann der Dienstherr nicht als Totschlagargument gegen Forderungen nach Bezügeerhöhungen einsetzen.

Leistungsorientierte Bezahlung

Der VLB begrüßt zwar grundsätzlich die leistungsorientierte Bezahlung und die Schaffung von Anreizen durch Leistungszulagen. Jedoch dürfe dies nicht zur Abschaffung der möglichen zweistufigen Beförderung führen. Denn die eigentliche Leistungshonorierung muss wie bisher über eine zweistufige Beförderung und dem Vorhandensein von Planstellen möglich sein. Insbesondere die antiquierte Vorschrift der einjährigen Wiederbesetzungssperre muss endlich fallen, da sie nur noch als pure Einsparungsmaßnahme ohne sachlichen Hintergrund angesehen werden kann.

Das Treffen fand im gemütlichen Teil mit Speis und Trank seinen gelungenen Abschluss und bot nun Platz für weitere Einzelgespräche, bei denen einige Kernpunkte des Vortrags nochmals aufgegriffen und vertieft werden konnten.

Bernd Krügel

Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de

Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte kommunale Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen.

Wir suchen zum Schuljahr 2008/2009

Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen

in den Fachrichtungen

- **Wirtschaft (Diplom-Handelslehrerinnen/Diplom-Handelslehrer)**
besonders auch mit den Zweitfächern Englisch, Deutsch oder Mathematik
- **Drucktechnik**
Druck- und Medientechnik
- **Elektro- und Informationstechnik**
- **Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften**
besonders auch mit den Zweitfächern Englisch, Deutsch, Mathematik oder Religion
- **Metalltechnik**
besonders auch mit den Zweitfächern Englisch, Deutsch, Sozialkunde, Mathematik, Informatik oder Physik
- **Sozialpädagogik**
besonders auch mit den Zweitfächern Englisch, Deutsch oder Religion

Ihre Aufgaben

Gesucht wird eine engagierte Lehrkraft, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgeht, team- und handlungsorientiert unterrichtet, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügt, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzt, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördert und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagiert.

Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in der jeweiligen Fachrichtung erfolgreich abgelegt.

Für die **Rudolf-Diesel-Fachschule für Techniker** werden auch Bewerberinnen/Bewerber mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium und dem Abschluss als Dipl.-Ing. Maschinenbautechnik (Univ.) berücksichtigt.

Wir bieten

eine Beschäftigung nach den Bedingungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst; bei Vorliegen der Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg.**

Für eine erste Kontaktaufnahme stehen Ihnen Frau Deinhard unter Telefon (0911) 231-2346, Herr Haas unter Telefon (0911) 231-2341, Frau Haupt unter Telefon (0911) 231-2582 und Frau Leonhardt unter Telefon (0911) 231-2981 zur Verfügung.

Die Personalarbeit der Stadt Nürnberg orientiert sich an der Chancengleichheit, insbesondere von Frauen und Männern. Bei Unterrepräsentation sind deshalb Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Nürnberg



KV Würzburg

Neuwahlen des Kreisvorstands in Würzburg

Mitte Februar 2008 hatte die Kreisvorsitzende Ingrid Reinwald alle Mitglieder des Kreisverbandes zur jährlichen Kreisverbandssitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung standen die Tätigkeitsberichte des scheidenden Kreisvorstandes, Neuwahlen und ein Bericht des VLB-Vorsitzenden Wolfgang Lambl zur aktuellen Verbandspolitik.

Im Namen aller Mitglieder des KV bedankte sich Wolfgang Lambl bei den scheidenden Mitgliedern des Vorstandes für ihren Einsatz und ihr Engagement: Ingrid Reinwald, Wolfgang Mann, Rainer Zänglein und Alexander Reißer.

Die Neuwahlen ergaben folgende Ergebnisse: Neue Kreisvorsitzende wurde Susanne Kraus-Lindner. Im Amt bestätigt wurde Dr. Michael Persie als erster Stellvertreter; zum zweiten Stellvertreter wurde Lars Fengler, Margit Keil und Simone Aslanidis wurden zur Kassiererin bzw. Schriftführerin gewählt.

Der neue Kreisvorstand nahm die Glückwünsche entgegen und bedankte

Bei der Kandidatenvorstellung, stehend von links: die neue KV-Vorsitzende Susanne Kraus-Lindner sowie die scheidende Vorsitzende Ingrid Reinwald.



Der neue Kreisvorstand, von links: Margit Keil, Lars Fengler, Susanne Kraus-Lindner, Dr. Michael Persie und Simone Aslanidis.



sich für das Vertrauen, das ihm in den Wahlen entgegen gebracht wurde. Die neue Kreisvorsitzende Kraus-Lindner betonte, den Kontakt zur Basis ausbau-

en und daher zuerst Wünsche und Anregungen vor Ort erkunden zu wollen.

Simone Aslanidis

Fachgruppen

FG Handel

Fachgruppensitzung am 2. Mai

Die Fachgruppe trifft sich traditionell am Freitag vor der Prüfung, am 2. Mai 2008, ab 13:30 Uhr in Nürnberg an der Berufsschule 4 (www.b4.nuernberg.de).

Der stellvertretende Landesvorsitzende, Alexander Liebel, bringt Aktuelles aus dem Landesverband und berichtet über Trends im beruflichen Schulwesen.

Begutachtet werden handlungsorientierte Sequenzen im Bereich Groß- und Außenhandel, insbes. Fragen zur Unterrichtsorganisation und zu den Unterlagen für die Hand des Lehrers und der Schüler. Hier haben sich in den Regierungsbezirken sehr unterschiedliche Lösungen entwickelt. Der neue Stoffkatalog und der überarbeitete Kontenplan bilden die Grundlage für die erste Abschlussprüfung nach der neuen AO.

Im Einzelhandel werden die Konsolidierungsphasen nach den "heißen" Jahren analysiert. Stofffülle und Schwerpunktsetzungen stehen im Mittelpunkt.

Außerdem diskutiert die Runde, wie immer, Themen des Tages.

Gerhard Hacker
(Hacker.B4@t-online.de)

die neue Schulsportkonzeption ein, erläutert die Vernetzung der Lernbereiche und gibt Empfehlungen für den Unterricht. Dabei werden auch die wichtigen Bereiche der Sorgfalts- und Aufsichtspflicht sowie des Unfallschutzes behandelt. Für Schulleitungen, Schulaufsicht und Sportlehrkräfte an beruflichen Schulen können konkrete und anregende Informationen auch aus anderen Schularbeiten für die eigene Unterrichtspraxis entnommen werden.

Wutz/Vorleuter
Schulsport
Handbuch, 1 Ordner DIN A4,
ca. 480 Seiten, 78,00 €
ISBN 978-3-556-00623-8
Loseblattwerke Carl Link Verlag

Günter Schrickler

Junge Pädagogen

Neue Arbeitskreise: „Junge Pädagogen“

Junge Kolleginnen und Kollegen sollen verstärkt die Möglichkeit bekommen, die Arbeit des VLB aktiv mit zu gestalten – das war der Tenor der vergangenen Sitzungen des HV. Aus diesem Grund soll ein neuer Arbeitskreis ins Leben gerufen werden, der die Lücke zwischen den Studenten und Referendaren auf der einen

Seite und den „Altgedienten“ und Senioren auf der anderen Seite schließen soll. „Dieser Personenkreis geht uns leider bisher für die Verbandsarbeit zum großen Teil verloren“ meinte Alexander Liebel als Bindeglied zum Geschäftsführenden Vorstand bei einem Treffen in Nürnberg.

Ziel des neuen Arbeitskreises ist es, den Nachwuchslehrern mit Rat und Tat den Einstieg in das nunmehr „richtige“ Lehrerleben zu erleichtern. Es soll Hilfestellung bei all den Sorgen und Nöten geleistet werden, welche die jungen Kollegen mit Antritt ihrer (Plan) Stelle haben.

Was interessiert einen jungen Lehrer, der gerade seine Stelle angetreten hat? Das wissen zum Teil die Leiter der Arbeitsgruppe aus eigener Erfahrung. Da es aber mit Sicherheit noch viel mehr Fragen gibt, die man vielleicht im neuen Kollegenkreis nicht stellen mag, kann man sich nun vertrauensvoll an den Arbeitskreis der „Junge Pädagogen“ wenden. Es soll ein Forum entstehen, das so einen möglichst reibungslosen Einstieg in den Berufsalltag ermöglicht. Ferner ist geplant Seminare anzubieten, die einen engen Bezug zum Berufseinstieg haben. Kenntnisse aus Zeitmanagement, Stress- und Erholungsmanagement oder Umgang mit Konflikten und Disziplinschwierigkeiten sollen – aufbauend auf Kenntnissen aus Studium und Referendanzzeit – nun aber gespickt mit erster Praxiserfahrung vertieft werden. Nicht zu vernachlässigen ist auch das Thema „Stimmbildung“. Schließlich ist die Stimme neben dem Fach- und Methodenwissen das Ka-

Jürgen Krotter – Ansprechpartner der „Jungen Pädagogen“.



FG Sport

Hinweis zum Sportunterricht

Die an den allgemeinbildenden Schulen bereits bewährte Loseblattsammlung „Schulsport“ wurde nun auch ergänzt mit allen wesentlichen Informationen zum Sportunterricht an beruflichen Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen). Außerdem sind in dieser Sammlung alle Rechtsvorschriften für den Sportunterricht in Bayern übersichtlich zusammengefasst. Er führt in

REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH	
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Infos und ausführliche Reiseverläufe unter: www.naturfreunde-reisen.de	
TERMINE	REISEN 2008 Preis VLB ab
11.05.08 bis 18.05.08	SYRIEN: Syrian Arab ab MUC/FRA: Damaskus, Bosra, Palmyra, Aleppo, Maalula, gute Hotels, HP, Reiseleitung 998,00 €
13.05.08 bis 20.05.08	MADEIRA: TAP ab MUC/FRA: Funchal, Levada-Wanderungen, HP und Meerblick im 4-Sterne Hotel, Reiseleitung 1048,00 €
11.05.08 bis 22.05.08	OSTÄGÄISCHE INSELN: Olympic ab MUC/FRA: Lesbos, Chios, Samos, gute Hotels, HP, Leitung: Evangelos Plexidas 1398,00 €
15.05.08 bis 22.05.08	IRLAND: Air Lingus ab MUC: Cork, Ring of Kerry, Galway, Dublin, gute Hotels, HP, alle Fluggebühren, Reiseleitung 1198,00 €
10.05.08 bis 23.05.08	KUBA: Iberia ab MUC: Havanna, Soroa, Cienfuegos, Trinidad, Varadero, gute Hotels, Halb-, Vollpension, Reiseleitung 1698,00 €
10.05.08 bis 24.05.08	SYRIEN-JORDANIEN: Syrian Air ab MUC/FRA: Damaskus, Palmyra, Aleppo, Amman, Petra, gute Hotels, HP, Reiseleitung 1748,00 €
14.05.08 bis 24.05.08	IRAN: Iran Air ab FRA: Teheran, Shiraz, Persepolis, Yazd, Nain, Isfahan, Leistungen: gute Hotels, HP, Reiseleitung 1498,00 €
03.06.08 bis 13.06.08	KYKLADEN: Olympic ab MUC/FRA: Santorin, Naxos, Mykonos, Athen, gute Hotels, HP, Leitung: Evangelos Plexidas 1348,00 €
03.08.08 bis 11.08.08	BALTIKUM: Air Baltic ab MUC: Litauen, Kurische Nehrung, Lettland, Estland, gute Hotels, HP, Reiseleitung 1198,00 €
09.08.08 bis 16.08.08	NORWEGEN: Lufthansa ab MUC: Oslo, Geirangerfjord, Bergen, Flambahn, Geilo, gute Hotels, HP, Reiseleitung 1398,00 €
15.08.08 bis 28.08.08	ECUADOR mit Verlängerung GALAPAGOS-KREUZFAHRT: Iberia ab MUC/FRA: Quito, Unwaldsdörfer, Riobimba, Ingapirca, 28.08.08 bis 02.09.08 Guayaquil, fakultative 5-tägige Verlängerungsmöglichkeit Galapagos, gute Hotels/Schiff, HP, Reiseleitung 2648,00 €
19.08.08 bis 02.09.08	NAMIBIA: Air Namibia ab FRA: Windhoek, Sossusvlei, Swakopmund, Himba, Etosha, gute Hotels, HP, Reiseleitung 2548,00 €
20.08.08 bis 04.09.08	NORDINDIEN, SIKKIM & BHUTAN: Lufthansa ab MUC/FRA: Übernachtung mit HP/VP in guten Hotels, Reiseleitung 2798,00 €
27.08.08 bis 04.09.08	OLYMP-METEORA-VIKOSSCHLUCHT: Aegean ab MUC: 9-tägige Wanderreise mit Evangelos Plexidas, HP 1098,00 €
21.08.08 bis 06.09.08	PERU: Iberia ab MUC/FRA: Lima, Nazca, Arequipa, Colca Tal, Cuzco, Machu Picchu, Titicaca-See, gute Hotels, Reiseleitung 2748,00 €
HERBST 08: Oman 9 Tg ab 1548 €, Indien-Rajasthan, Barcelona & Umgebung, Israel, Syrien, Emirate, Griechenland-Peloponnes, Madrid und Umgebung	

pital des Lehrers. Darüber hinaus soll natürlich auch Zeit und Raum für gemeinsame Freizeitaktivitäten angeboten werden.

Anknüpfungspunkte bestehen auch zu den Referendaren im zweiten Ausbildungsjahr. Auch ihnen soll mit Hilfe des VLB der Übergang vom Referendar zum „vollen“ Lehrer erleichtert werden.

Die bereits aus der Referendargruppe bewährte Aufteilung in die beiden Fachrichtungen kaufmännisch und gewerblich-technisch soll beibehalten werden, da neben den allgemeinen doch noch fachrichtungsspezifische Unterschiede bestehen. So kann individueller auf Anfragen der Nachwuchslehrer eingegangen werden. Nichtsdestotrotz ist das gemeinsame Ziel des Arbeitskreises, den Junglehrern den Einstieg in den Berufsalltag zu erleichtern.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Fragen, Wünsche und Anregungen zum Arbeitskreis bitte an: j.krotter@bs3.schulen.regensburg.de.

Übrigens, so ganz sicher wie wir uns nennen sollen, sind wir nicht. Kreative Vorschläge sind daher jederzeit willkommen.

Jürgen Krotter

Studenten

Wip@ an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg:

Rund ums Referendariat

Ende Januar war es wieder so weit. Die Hochschulgruppe Wip@ organisierte für alle interessierten Wirtschaftspädagogikstudierenden der Otto-Friedrich-Universität Bamberg die Informationsveranstaltung „Rund ums Referendariat“. Unterstützt wurden wir dabei vom VLB, der neben Informationsmaterialien auch die beliebten Textmarker sponserte. Ziel der Veranstaltung war es, den Studierenden erste Eindrücke und Erfahrungen zu vermitteln, was im Referendariat wohl auf sie zukommen wird. Außerdem sollten alle offenen Fragen bzgl. Anmeldeabschluss, Fristen für das Nachreichen von ausstehenden Noten, Zuweisungsverfahren

ren etc. geklärt werden. Wie auch in den letzten Jahren wurde die Veranstaltung von den Studierenden gerade der höheren Semester gerne angenommen. Wir hatten dazu einige Gäste eingeladen, die eine Veranstaltung in diesem Rahmen erst möglich gemacht haben.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die HSG Wip@ ging es dann auch gleich los. Dr. Angelika Rehm gab als stellvertretende VLB-Landesvorsitzende im Rahmen eines kurzen Vortrags einige sehr interessante Informationen zum Verband selbst, zu den Vorteilen der Mitgliedschaft und zu den Veranstaltungen, die der Verband organisiert. Sehr informativ waren auch ihre Erfahrungen aus ihrem Schulleiterinnen-Dasein an der Berufsschule III in Bamberg, mit denen sie unsere vielen Fragen in der späteren Diskussionsrunde u. a. bezüglich Bewerbung für und nach dem Referendariat beantworten konnte.

Anschließend durften wir Pankraz Männlein recht herzlich bei uns begrüßen. Er ging als Seminarlehrer der Berufsschule III in Bamberg während seines Vortrags direkt auf den Ablauf des Referendariats und die zu bestehenden Prüfungen ein. Das war für alle Anwesenden von großem Interesse, was durch die vielen Fragen seitens der Studierenden deutlich wurde.

Außerdem waren zu Gast die Referendare Bernadette Günther (Studienrichtung I, 1. Ausbildungsjahr), Manuel Böhm (Studienrichtung II, 1. Ausbildungsjahr) und Tobias Gast (Studienrichtung WI, 1. Ausbildungsjahr), die uns ihre eigenen ganz individuellen Eindrücke und Erfahrungen schildern konnten, sowie Jörg Herold, der im vergangenen Sommer sein Referendariat erfolgreich beendet hat und nun als Lehrer tätig ist. Er konnte uns einen kurzen persönlichen Rückblick über die Zeit des Referendariats geben.

Als nach fast zwei Stunden auch die letzte Frage beantwortet war, durfte sich die HSG Wip@ ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken. Es war ein sehr aufschlussreicher und informativer Abend, den wir in dieser Art hoffentlich auch in Zukunft für die nachfolgenden Studierenden wieder anbieten können.

Claudia Buchner

Senioren

Aufklärung – nicht, nur für Pensionäre

Die gewünschte Darstellung eines aktuellen Falles in der letzten Hauptvorstandssitzung endete in dem Auftrag den Fall exemplarisch allen Mitgliedern vorzustellen, um vor falschen Illusionen zu warnen bzw. den Glauben an die in der Tat oft verschüttete Sinnhaftigkeit unserer Rechtsordnung herzustellen.

Der Fall: Ein Kollege – seit kurzem im Ruhestand – hatte zu Beginn seines Arbeitslebens zunächst einige Jahre in der Privatwirtschaft sozialversicherungspflichtig gearbeitet; war dann nach Studium zum Staat gewechselt und als Beamter bis zum Ruhestand beschäftigt.

Erwartete Altersversorgung: In den Ruhestand getreten, erwartete der Kollege – nach gesundem Menschenverstand – folgende Altersversorgung: In der freien Wirtschaft erworbene Rente + beim Staat erarbeitete Pension = Altersversorgung

Das Problem: Die tatsächliche Altersversorgung ist nicht unerheblich niedriger als die oben errechnete Summe.

Die Lösung: Die Beamtenversorgung regelt § 55 Besamtenversorgungsgesetz. Danach wird die zustehende Höhe der Versorgung so berechnet: Es wird in einer fiktiven Rechnung festgestellt, wie hoch die Pension wäre, wenn der Beamte sein ganzes Berufsleben Beamter gewesen wäre (Versorgung eines Nur-Beamten; dabei wird die Endstufe der Besoldungsgruppe zugrunde gelegt). Dieser Betrag wird verglichen mit der Summe oben angeführter Rechnung (Rente + Pension). Übersteigt diese Summe den Betrag der fiktiven Rechnung, wird der übersteigende Betrag von der Pension abgezogen – auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Der gekürzte Beitrag ruht.

Nicht das Ergebnis (Gesamtversorgung) beeinflussend, vielleicht aber für das Verständnis hilfreich: der Abzug erfolgt von der von dem Gedanken der Alimentation bestimmten flexiblen Pension, nicht von der sakrosankten Rente.

Diese gesetzliche Regelung wird oft als ungerecht empfunden. Beide Ansprüche – Rente und Pension – seien doch mit Recht erworbene verbriefte Ansprüche!

Begründung des § 55 BeamtVG

Sinn ist, den Beamten so zu stellen, wie er stehen würde, wenn er sein ganzes Berufsleben Beamter gewesen wäre. Es sollen keine Vorteile dadurch entstehen, dass gegebenenfalls die höheren Löhne der freien Wirtschaft mit den Beamtenprivilegien – ohne deren vergleichsweise nachteiligen Regelungen – kumulieren. Das scheint plausibel.

Dem fiktiven Ruhegehalt liegt der für das gesamte Beamtenversorgungsrecht vorherrschende Grundsatz der Alimentation zugrunde. Gegen die Regelungen des § 55 vorgehen zu wollen, wie es nicht wenige Kolleginnen/Kollegen in der ersten Reaktion oft wollen, ist wenig sinnvoll: Höchstrichterliche Urteile haben festgestellt, der § 55

- > verstößt nicht gegen Eigentumsrecht nach Art. 14 GG,
- > stellt auch keinen Verstoß gegen Strukturprinzipien des Berufsbeamtentums gem. Art. 33 Abs. 5 GG dar und es gibt keinen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums, der die Rentenrechnung verbieten würde.

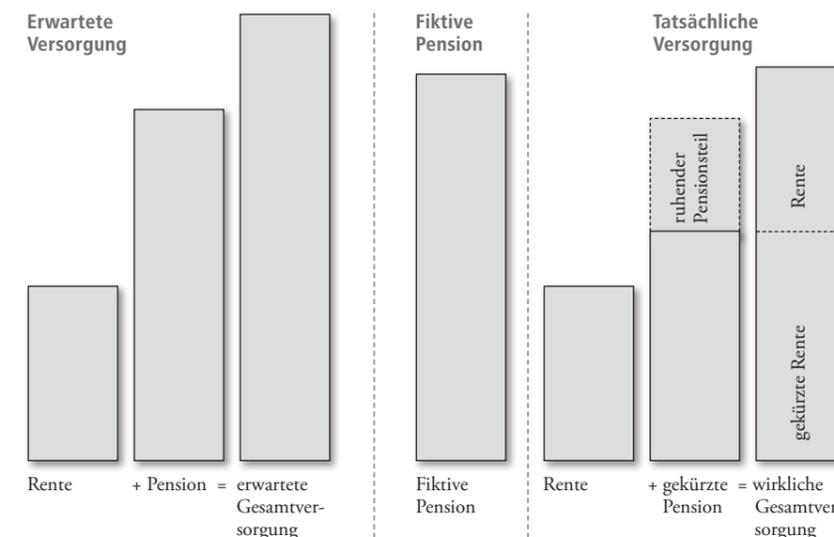
Auf Feinheiten des Komplexes wurde mit Rücksicht verzichtet. Sie gibt sie zu Hauf. Beispielhaft seien hier einige aufgezählt – im Falle des Zutreffens können sie im Einzelfall sehr entscheidend sein. Sie sind dem Grundsatz der Gerechtigkeit geschuldet – auf Kosten natürlich der Einfachheit:

Der Kürzung unterliegen neben dem laufendgewährten Ruhegehalt:

- > Witwen- und Witwergeld,
- > Waisengeld und entsprechende Unterhaltsbeiträge,
- > Nicht beantragte, aber zutreffende Renten oder sonstige Leistungen, verzichtete Renten, kapitalisierte Renten, durch Abfindung oder Beitrags-erstattung abgewickelte Renten.

Nicht der Kürzung unterliegen:

- > einmalige Versorgungsleistungen (z.B. Sterbegeld, Witwenabfindung, Übergangsgeld)
- > Ausgleich bei besonderen Altersgren-



zen und Ersatzleistungen (z. B. Schadensersatz, Heilverfahren, Pflegekosten, Unfallausgleich, Unfallentschädigung)

- > Rentenbeiträge aus freiwilligen Beitragsleistungen (vergleichbar den

Leistungen aus einer Lebensversicherung, durch die der Beamte freiwillig ein Vermögensopfer zur Verbesserung seiner Altersversorgung erbringt)

Berthold Schultze

Stadt Erlangen



Für unsere städtische Fachschule für Techniker (derzeit ca. 165 Vollzeit- und 275 Teilzeitschüler/innen in 18 Klassen) suchen wir zum Unterrichtsbeginn des Schuljahres 2008/2009 eine

hauptamtliche Lehrkraft mit der Befähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern in der Fachrichtung Maschinenbau

Stellenwert: A13/A14 BBesO bzw. der Qualifikation entsprechende Entgeltgruppe

Bewerbungen von angehenden Lehramtsassessorinnen/-assessoren oder Diplom-Ingenieurinnen/-Ingenieuren Maschinenbau (Univ.) mit pädagogischer Eignung sind ebenfalls willkommen.

Neben dem Unterricht in den jeweiligen Grundlagenfächern sind folgende Unterrichtsfächer abzudecken:

- Fertigungstechnik
- Arbeitsvorbereitung und Kalkulation

Nähere Auskünfte erteilt der Schulleiter, Herr StD Nehls unter Tel. 09131/533879-0.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit Werdegang und Kopien Ihrer lückenlosen Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise (Schulabschluss-, Prüfungs- und ggf. Arbeits-/Dienstzeugnisse, dienstliche Beurteilungen) unter Angabe Ihrer Telefon-/Handynummer, der E-Mail-Adresse sowie unserer Kennnummer 40T/MB

bis 21. April 2008 an die Stadt Erlangen – Personal- und Organisationsamt – Postfach 3160, 91051 Erlangen (E-Mail: personalamt@stadt.erlangen.de)

Schwer behinderte Menschen werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Die Stadt Erlangen verfolgt eine Politik der Chancengleichheit.

offen aus Tradition

Personalien

Elsbeth Eybl zum 90. Geburtstag

Sie ist, um es vorwegzunehmen und von vornherein klarzustellen, die Grand Dame des Nürnberger Berufsschulwesens. Weit über 20 Jahre war sie Schulleiterin der Berufsschule 5 in Nürnberg. Oberstudiendirektorin Elsbeth Eybl lag die Mädchenbildung sehr am Herzen. Sie hat als stellvertretende Landesvorsitzende des VBB in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wichtige schulpolitische Entscheidungen für das bayerische Berufsschulwesen mitentwickelt und durchgesetzt.



Darüber hinaus galt ihr besonderes Interesse der Arbeit der Evangelischen Akademie Tutzing. Nach deren Zielen Toleranz und christliche Verantwortung hat sie sich stets ausgerichtet. Sie leitete

mit besonderem Engagement von 1988 bis 1999 den Freundeskreis Nürnberg der Evangelischen Akademie Tutzing.

Elsbeth Eybl war in den vielen Jahren unserer Zusammenarbeit immer freundlich und aufgeschlossen. Ihre Entscheidungen traf sie mit Offenheit und unerschrockener Ehrlichkeit. Sie vertrat ihre Meinung mit Nachdruck. Es gab nichts Verstecktes oder Kompliziertes an ihr. Im Beruf ist sie bis ganz oben aufgestiegen – nicht zuletzt durch ihr respektvolles Auftreten und ihr großes Einfühlungsvermögen. Ihr Vorbild prägte nicht nur Schüler(innen)-Generationen sondern auch die Mitarbeiter(innen) ihres Kollegiums. „Es menschtelt“, war einer ihrer Aussprüche, wenn ihre Entscheidungen manchmal hier und da auf Unverständnis stießen. Nein, sie ließ sich auch nicht als realistisch denkende Schulleiterin negativ beeinflussen, wenn die Wogen im Kollegium überschwappten. Ihr Frohsinn, ihre Zuversicht und ihr einfühlsames Wesen bestimmten die Atmosphäre in den Lehrerkonferenzen und das Kollegium vernahm dies mit einer wohlthuenden Gelassenheit. Dabei hat Elsbeth Eybl alle Stationen einer getriebenen Kriegsgeneration durchlebt. Im Südhaz, dem Mansfelder Land, geboren, sowohl hier als auch in Berlin zur Schule gegangen und in Hannover studiert, hat sie schon früh norddeutsche Lebensart und alsbald auch Wilhelm Buschs Werke kennen und lieben gelernt. Seine ihm eigene faszinierende Sprachakrobatik sowie seine präzisen Beobachtungen menschlicher Verhaltensweisen hat sie verinnerlicht.

Auch heute noch kann man sich angeregt mit ihr unterhalten. Durch ihre witzigen und schlagfertigen vom Berliner Humor geprägten Redewendungen und ihre Gelassenheit erzeugt sie nach wie vor Scharm und Lebensfreude. Weiter so Elsbeth Eybl.

Wir grüßen unsere Jubilarin in steter Verbundenheit und mit den besten Wünschen für weitere glückliche Jahre mit einem Vers von Wilhelm Busch:
*Und wird auch mal der Himmel grauer;
 Wer voll Vertrauen die Welt besieht,
 Den freut es, wenn ein Regenschauer
 Mit Sturm und Blitz vorüberzieht.*
 Friedhelm Kuhfuss

Die STADT BAYREUTH sucht für ihr Wirtschaftswissenschaftliches und Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium sowie für die Städtische Wirtschaftsschule für das Schuljahr 2008/2009

Lehrkräfte

• mit der Lehrbefähigung für das Gymnasium in den Fächern (jeweils mit Beifach):

- Deutsch
- Latein
- Französisch
- Mathematik
- Physik
- Informatik
- Geographie
- Evangelische Religionslehre
- Katholische Religionslehre
- Sport männlich

• mit der Lehrbefähigung für das Gymnasium oder für berufliche Schulen in den Fächern:
 Deutsch oder Englisch mit Beifach, vorzugsweise Sport oder Religionslehre

Die Beschäftigung ist sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit möglich. Eine zusätzliche Qualifikation für die Wahrnehmung schulpädagogischer Aufgaben wäre wünschenswert.

Wir bieten eine Einstellung im Beamtenverhältnis, sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, andernfalls ein Beschäftigungsverhältnis mit unbefristetem Arbeitsvertrag nach den Bestimmungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit der Möglichkeit der späteren Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Eingebettet zwischen Fränkischer Schweiz und Fichtelgebirge liegt die Universitäts- und Festspielstadt Bayreuth (74.000 Einwohner) in landschaftlich reizvoller Gegend in Oberfranken. Sämtliche weiterführenden Schulen sind am Ort. Reges kulturelles Leben, sehr gute Sportanlagen und Wintersportmöglichkeiten sowie ein umfangreiches Bildungsangebot bestimmen den hohen Freizeitwert der Stadt.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen innerhalb von zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an:

Stadt Bayreuth, Personalamt, Postfach 101052, 95410 Bayreuth
 (E-Mail: personalamt@stadt.bayreuth.de)

Für schulische Auskünfte stehen die Direktorate der beiden Schulen gerne zur Verfügung:

Gymnasium – Herr Kraus

☎ (0921) 25 1950, E-Mail: sekretariat@wwg-bayreuth.de
 Wirtschaftsschule – Herr Hirschmann

☎ (0921) 78965 11, E-Mail: swsbayreuth@yahoo.de



Wir suchen für unsere **beruflichen Schulen** zum Schuljahresbeginn 2008/2009

Lehrkräfte (m/w)

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Metalltechnik Zweifach Englisch erwünscht
- Elektrotechnik, Zweifach Englisch erwünscht
- Chemie (Teilzeit mit 10 Std., befristet)
- Sozialpädagogik / Englisch
- Nahrung / Englisch
- Bautechnik / Physik
- Bautechnik / Mathematik
- Bautechnik / Deutsch
- Bautechnik / Schulpsychologie (Beratungslehrer)
- Elektrotechnik, möglichst mit Zweifach Informatik oder Englisch oder Physik oder Deutsch

Fachlehrer (m/w)

jeweils mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung für das Berufsfeld

- Metalltechnik mit Schwerpunkt Fertigungstechnik

- Anlagenmechanik (Sanitär, Heizung, Klimatechnik)
- Restaurant- und Hotelfachleute
- Schreibtechnik (befristet für 1 Jahr)

Ferner suchen wir für unsere **Berufsfachschulen für Kinderpflege und Sozialpflege** (für den fachlichen Unterricht) **einen**

Diplom-Sozialpädagogen (FH)

(m/w) mit vorher abgeschlossener einschlägiger Berufsausbildung und Unterrichtserfahrung, Führerschein und Pkw (ein unbefristeter Einsatz ist von der entsprechenden schulaufsichtlichen Genehmigung abhängig).

Außerdem suchen wir

Diplomhandelslehrer (m/w)

möglichst mit Zweifach Englisch.

Weitere Informationen sind dem Internet unter www.augsburg.de, Rubrik Stellenangebote zu entnehmen.

Stadt Augsburg

Monsignore Lorenz Heilmann feierte seinen 75. Geburtstag

Der Nestor des Religionsunterrichts an beruflichen Schulen in Bayern, Studiendirektor a.D. Lorenz Heilmann, seit 1996 Hausgeistlicher im Karmel Himmelsporten, Würzburg, feierte im Januar seinen 75. Geburtstag. Monsignore Heilmann wurde 1933 in Rüdenau geboren. Der Päpstliche Nuntius Aloys Muench weihte ihn 1957 in der Würzburger Seminarikirche Sankt Michael zum Priester.

Lorenz Heilmann unterrichtete von 1964 bis 1993 fast 30 Jahre am Berufsbildungszentrum I (Franz-Oberthür-Schule), begründete (und leitete viele Jahre) die Fachgruppe Religion des VLB (damals VBB / VBL) im Jahr 1980 mit Dr. Michael Persie, Hans Reiner (†), Franz Schneider, Gerd Birk, Johannes Fuchs, Hartmut Garreis u.a., arbeitete in der Bayerischen Lehrplankommission für Katholische Religion mit, war Mitherausgeber von drei bayerischen Religionsbüchern für berufliche Schulen, Fachbetreuer und Seminarlehrer. Von 1964 bis 1969 wirkte er auch als Diözesankaplan der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) und von 1964 bis 1996 zusätzlich als Hausgeistlicher des Seniorenheims Hueberspflege.



Für seine Verdienste wurde er 1989 zum Monsignore ernannt. Von 1992 bis 1999 setzte er seinen Einsatz in der Hauptabteilung Schule und Erziehung im Bischöflichen Ordinariat Würzburg fort und betreute die Aus- und Fortbildung von Religionslehrern an beruflichen Schulen mit. 1995 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht und im gleichen Jahr erlebte er die Ernennung zum Diözesanrichter. 2007 konnte Lorenz Heilmann sein Goldenes Priesterjubiläum begehen.

Im Jahr 2008 verlieh ihm der Würzburger Bischof Friedhelm die Liborius-Wagner-Medaille und seine Heimatgemeinde ernannte ihn zum Ehrenbürger.

Als einer seiner Referendare (1977) und seiner ersten Mitstreiter in der öku-

menischen Fachgruppe Religion seit Herbst 1977 bis heute darf ich mich bei dem freundlichen und kollegialen „Lorenz“ für die jahrzehntelange persönliche Begleitung und für seinen Dienst an der Berufsschuljugend in Franken und Bayern bedanken. Diesem Dank werden sich zahlreiche Kollegen, Vertreter des Verbandes, der Kirchen und vor allem mehrere tausend Schüler anschließen.

Dr. Michael Persie

Wir gratulieren im Mai ...

... zum 90. Geburtstag

Guggumos, Irmingard, 24.05.

86415 Mering, KV Augsburg

Pregler, Otmar, 31.05.

96047, Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

... zum 88. Geburtstag

Metzger, Johanna, 04.05.

82441 Ohlstadt, KV Oberbayern Südwest

... zum 87. Geburtstag

Pöll, Josef, 01.05.

92637 Weiden, KV Oberpfalz Nord

Metzner, Fritz, 29.05.

80637 München, BV München

HERAUSGEBER

Wolfgang Lambl, geschäftsführender Vorsitzender, Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG

signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK

Schleunigdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 09 31 - 60 05-37
Telefax: 09 31 - 60 05-90

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbesondere Leserbriefe, müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

ISSN 0942 – 6930

Am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Prof. Dr. Detlef Sembill) ist ab dem 1.9.2008 die Stelle eines/einer

Wissenschaftlichen Mitarbeiters/ Wissenschaftlichen Mitarbeiterin (E 13 TVL)

in einem befristeten Dienstverhältnis (4 Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit um weitere zwei Jahre) zu besetzen.

- Waren Sie als Studierende/r auch schon der Meinung, das Studium sollte praxisrelevanter sein?
 - Haben Sie als Lehrer/in auch schon den Wunsch gehabt, manche „Praxis“ möge theoretisch besser durchdrungen, begleitet oder geprüft werden?
- Dann unterstützen Sie uns und qualifizieren Sie sich gleichzeitig weiter.

Voraussetzungen: Diplomhandelslehrer/in mit Prädikat und zweiten Staatsexamen, Unterrichtserfahrung an kaufmännischen Schulen, Interesse an empirisch-pädagogischer Forschung, theoretische und praxiserprobte Kenntnisse komplexer Lehr-Lern-Arrangements (Selbstorganisiertes Lernen, Projektarbeit, Simulationen etc.). Teamfähigkeit und -bereitschaft sind unabdingbar.

Aufgaben: Wissenschaftliche Dienstleistungen zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre gem. § 18 BayHSchLG, Betreuung von schulpraktischen Übungen, Ausbau der Kontakte zu Schulen, Mitarbeit bei Forschungsprojekten.

Geboten wird: Möglichkeit zur eigenen wissenschaftlichen Weiterbildung (Promotion oder Habilitation), Mitarbeit in einem kreativen, innovationsfreudigen und leistungsorientierten Team. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse) sowie einem maximal zweiseitigen Motivationsschreiben werden bis zum 23.05.2008 erbeten an:

**Prof. Dr. Detlef Sembill, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Postfach, 96045 Bamberg
detlef.sembill@uni-bamberg.de**

... zum 86. Geburtstag

Riebel, Erna L., 18.05.
90409 Nürnberg, KV Nürnberg
Schrödinger, Max, 19.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Mochan, Günther, 22.05.
87640 Biessenhofen, KV Allgäu
Fritsche, Alfred, 24.05.
86152 Augsburg, KV Augsburg

... zum 85. Geburtstag

Wirth, Heinrich, 30.05.
95326 Kulmbach,
KV Oberfranken-Nordwest

... zum 84. Geburtstag

Geyer, Wilhelm, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Tischer, Ruth-Maria, 18.05.
91475 Lonnerstadt, KV Mittelfranken Nord

... zum 83. Geburtstag

Kellner, Edmund, 02.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

Fischer, Otto, 07.05.

84347 Pfarrkirchen, KV Niederbayern Ost
Heller, Helmut, 17.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Seidelmann, Johanna, 17.05.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Christl, Johannes, 20.05.
87656 Germaringen, KV Allgäu
Gruber, Michael, 22.05.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 82. Geburtstag

Böhmer, Hedwig, 02.05.
95158 Kirchenlamitz, KV Oberfranken Nordost
Hobelsberger, Karl, 17.05.
94065 Waldkirchen, KV Niederbayern Ost
Frieb, Herbert, 31.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Kubis, Winfried, 31.05.
92331 Parsberg, KV Regensburg

... zum 81. Geburtstag

Diersch, Hans, 12.05.
91320 Ebermannstadt, KV Bamberg-Forchheim

Riess, Helmut, 30.05.
91575 Windsbach, KV Mittelfranken Süd

... zum 80. Geburtstag

Aulbach, Erich, 02.05.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Büttner, Anneliese, 31.05.
91438 Bad Windsheim, KV Mittelfranken-Nord

... zum 75. Geburtstag

Ammann, Christl, 16.05.
88131 Lindau, KV Allgäu
Bahle, Karl, 19.05.
84453 Mühldorf, KV Altötting-Mühldorf
Böhm, Rosemarie, 12.05.
85072 Eichstätt, KV Oberbayern-Nordwest
Plamper, Fritz, 29.05.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord
Dr. Schwiedel, Peter-Klaus, 06.05.
82467 Garmisch-Partenkirchen,
KV Oberbayern-Südwest

... zum 70. Geburtstag

Bellingrath, Horst, 23.05.
90602 Pyrbaum, KV Nürnberg
Betz, Rudolf, 05.05.
86157 Augsburg, KV Augsburg
Ertl, Werner, 12.05.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord
Kraus, Heinz, 02.05.
86485 Biberbach, KV Augsburg
Kühn, Irmgard, 29.05.
93444 Bad Kötzting, KV Cham
König, Walter, 23.05.
93152 Nittendorf, KV Regensburg
Stapf, Josef, 17.05.
63933 Mönchberg, KV Untermain

... zum 65. Geburtstag

Fischer, Rupert, 19.05.
93333 Neustadt-Schwaig,
KV Oberbayern-Nordwest
Goller, Gerhard, 04.05.
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Hackel, Horst, 15.05.
83707 Bad Wiessee, KV Rosenheim-Miesbach
Köllner, Gabriele, 23.05.
82031 Grünwald, BV München
Ott, Rosalie, 13.05.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Reisinger, Waltraud, 20.05.
82152 Krailling, KV Oberbayern-Südwest
Te Kock, Heinz, 09.05.
86561 Aresing, KV Nordschwaben
Wahl, Horst, 12.05.
91710 Gunzenhausen, KV Mittelfranken-Süd

... zum 60. Geburtstag

Albert, Robert, 16.05.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Düthorn, Peter-Uwe, 26.05.
91056 Erlangen, KV Mittelfranken-Nord
Eckmans, Magdalena, 09.05.
84453 Mühldorf, Altötting-Mühldorf
Engels, Gertrud, 29.05.
97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön
Gareis, Hannelore, 23.05.
91480 Markt Taschendorf, ,
KV Mittelfranken-Nord
Höfling, Rainer, 30.05.
97250 Erlabrunn Würzburg
Jost, Edith, 16.05.
86899 Landsberg, BV München
Kirchdörfer, Karl, 17.05.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Linke, Wilhelm Friedrich, 31.05.
83139 Schwabering, KV Rosenheim-Miesbach
Müller, Karl, 28.05.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Nürnberg, Peter, 31.05.
89415 Lauingen, KV Nordschwaben
Ostner, Georg, 05.05.
86830 Schwabmünchen, KV Augsburg
Pfanzelt, Georg, 27.05.
83229 Aschau,
KV Traunstein-Berchtesgadener Land
Pfeiffer, Dietrich, 15.05.
91077 Neunkirchen/Brand,
KV Mittelfranken-Nord
Schneider, Hanfried, 13.05.
84048 Mainburg, KV Oberbayern-Nordwest
Schneller, Josef, 23.05.
87727 Babenhausen, KV Allgäu
Seibold, Christa, 04.05.
89231 Neu-Ulm, KV Nordschwaben
Spießhofer, Werner, 19.05.
87437 Kempten, KV Allgäu
Tima, Walter, 22.05.
94437 Mamming, KV Landshut

In den Ruhestand sind gegangen ...

Pfründer, Hans-Jörg, KV Augsburg
Werner, Rosalie, KV Augsburg
Fischer, Rupert, KV Oberbayern Nordwest
Reisinger, Waltraud, KV Oberbayern Südwest
Wahl, Horst, KV Mittelfranken Süd

Wir trauern um ...

Dotterweich, Rudolf (56), KV Nürnberg
Friedrich, Wolfgang (75), KV Würzburg

Wildgruber, Martin (91),
KV Rosenheim-Miesbach
Leiter, Erich (83), KV Rosenheim-Miesbach
Fichtl, Alfred (74), KV Amberg-Sulzbach
Grösch, Joachim (58), KV Würzburg

Autorenverzeichnis

Birner, Michael
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Zum Weinberg 23,
92272 Freudenberg-Aschach,
Tel.: (09621) 49980

Lambl, Wolfgang
geschäftsführender VLB-Vorsitzender und
Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6,
97222 Rimpf,
Tel.: (09363) 5278

Leischner, Dietmar
Robert-Koch-Str. 10,
85521 Otobrunn,
Tel.: (089) 6083610

Liebel, Alexander
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Schönweißstr. 7,
90461 Nürnberg,
Tel.: (0911) 231-3948

Münch, Johannes
VLB-Webmaster
Rospitzweg 16,
86391 Stadtbergen,
Tel.: (0821) 243021

Pohlmann, Heiko
VLB-Referent für Lehrerbildung
Kapellenstr. 82,
82239 Alling

Schulter, Berthold
VLB-Seniorenbeauftragter
Weitstr. 66,
80935 München,
Tel.: (089) 38584084

Zeller, Bernhard
VLB-Referent für Wirtschaftsschulen
WS, Alter Postweg 86a,
86159 Augsburg,
Tel.: (0821) 324-18202

Kosten für häusliches Arbeitszimmer bei Steuererklärung 2007 angeben

Steuerliche Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers

Für die Steuererklärung 2007 empfiehlt es sich, wie in den Vorjahren die Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer geltend zu machen. Nach der momentanen Rechtslage ist mit der Ablehnung der Anerkennung der Kosten mit dem Einkommensteuerbescheid zu rechnen. Gegen den versagenden Bescheid kann mit einem Einspruch gegen die Nichtanerkennung der Kosten für das häusliche Arbeitszimmer Einspruch eingelegt werden.

Die Einspruchsfrist beträgt grundsätzlich einen Monat ab Zugang des Steuerbescheides.

Ein Mustereinspruch – siehe Seite 18 – wird VLB-Mitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt (info@vlb-bayern.de) oder (089 / 59 52 70).

Im Mustereinspruch wird das Ruhen des Verfahrens beantragt, um das Verfahren offen zu halten, ohne dass jeder betroffene

Steuerzahler einzeln Klage einreichen muss. Achtung: Das Finanzamt ist nicht verpflichtet, Ihr Einspruchsverfahren ruhen zu lassen. Sie müssen daher selbst Klage erheben, soweit das Finanzamt Ihren Antrag auf Ruhen des Verfahrens ablehnt.

Der Beamtenbund beabsichtigt weitere Musterklagen zu führen. Sollte sich durch die Musterprozesse der gesetzliche Status Quo ändern, erhält nur der/die eine steuerliche Erstattung der Aufwendungen, welche diese auch in der Steuererklärung 2007 geltend gemacht hatten.

Steuerliche Absetzbarkeit von Arbeitsmitteln

Hinsichtlich der Arbeitsmittel hat sich die Rechtslage nicht geändert. Demnach können Gegenstände, die zur Erledigung von beruflichen Aufgaben geeignet sind und die tatsächlich so gut wie ausschließlich für berufliche Zwecke genutzt werden, z. B. Schreibtisch nebst Schreibtischstuhl, Sideboard, Schreibtischlampe, Papierkorb, Bücherregal, Computer, Büromaterial etc. nach wie vor steuerlich geltend gemacht werden.